

Gemeinsam Verantwortung tragen für heute und morgen

Nachhaltigkeitsstrategie für das Saarland



Vorwort

Nachhaltigkeit bedeutet Zukunftssicherung

Liebe Leserin, lieber Leser, mit dieser Nachhaltigkeitsstrategie beschreibt die saarländische Landesregierung, wie sie unser Land fit für die Zukunft machen möchte. Dazu gehört es, dass wir sowohl unsere natürlichen Lebensgrundlagen ausreichend schützen als auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Wirtschaft und Industrie eine solide Grundlage für Innovation und Erfolg haben. Bei alledem steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Vordergrund.

Um herauszufinden, was die Saarländerinnen und Saarländer unter Zukunftsfähigkeit verstehen und wo sie Prioritäten setzen, war uns ein breit angelegter gesellschaftlicher Dialog im Entstehungsprozess der Nachhaltigkeitsstrategie wichtig. Bei einer ersten saarländischen Nachhaltigkeitskonferenz und einer Online-Befragung haben sich mehrere Hundert Menschen mit großem Engagement in diesen Prozess eingebracht. Dafür möchte ich allen Beteiligten herzlich danken. Dieser Dank gilt auch den Mitgliedern im Rat für Nachhaltigkeit und im Umweltpakt Saar als wichtigen Partnern im Gestaltungsprozess.

Gemeinsam haben wir ein Konzept erarbeitet, das ökologische, ökonomische und soziale Aspekte ausgewogen berücksichtigt, bereits vorhandene Vorhaben der Landesregierung in Einklang bringt, aber auch viele neue Akzente setzt.

Bundesweit sind wir mit die Ersten, die die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren globalen Nachhaltigkeitszielen zur strukturellen Grundlage unserer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie gemacht haben. Natürlich werden wir auch die Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für die Weiterentwicklung unseres Konzeptes berücksichtigen.



In den kommenden Jahren wird es nun darauf ankommen, den Geist der Nachhaltigkeitsstrategie als Maßnahmenkonzert und nicht als Summe vieler Solisten erlebbar zu machen. Die Partitur dafür liegt mit der Nachhaltigkeitsstrategie vor und wird in regelmäßigen Abständen den neuen Herausforderungen und sich wandelnden Rahmenbedingungen angepasst. Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wird es aber vor allem darauf ankommen, dass alle Saarländerinnen und Saarländer gemeinsam Verantwortung tragen für heute und morgen.

A handwritten signature in purple ink that reads "Reinhold Jost". The signature is written in a cursive, flowing style.

Ihr Reinhold Jost
Minister für Umwelt und Verbraucherschutz

Inhalt

Gemeinsam Verantwortung tragen für heute und morgen – eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Saarland	6
Handlungsfeld 1:	
Bildung, Wissen, Innovation für eine nachhaltige Veränderung	15
Ausgangslage im Saarland.....	16
Ziele	17
Maßnahmen und Projekte der Landesregierung	18
Nachhaltigkeitsindikatoren	21
Handlungsfeld 2:	
Finanzielle Nachhaltigkeit – Basis für die Gestaltung von Zukunftsfähigkeit	23
Ausgangslage im Saarland.....	24
Ziele	24
Maßnahmen und Projekte der Landesregierung	25
Nachhaltigkeitsindikatoren	27
Handlungsfeld 3:	
Demografie und nachhaltige Siedlungsentwicklung	29
Ausgangslage im Saarland.....	30
Ziele	31
Maßnahmen und Projekte der Landesregierung	32
Nachhaltigkeitsindikatoren	37
Handlungsfeld 4:	
Klima- und Ressourcenschutz	39
Ausgangslage im Saarland.....	40
Ziele	41
Maßnahmen und Projekte der Landesregierung	42
Nachhaltigkeitsindikatoren	47

Handlungsfeld 5:	
Erhalt und Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandortes – die Basis für ein zukunftsfähiges Saarland	49
Ausgangslage im Saarland.....	50
Ziele	50
Maßnahmen und Projekte der Landesregierung	51
Nachhaltigkeitsindikatoren	57
Handlungsfeld 6:	
Mobilität	59
Ausgangslage im Saarland.....	60
Ziele	61
Maßnahmen und Projekte der Landesregierung	62
Nachhaltigkeitsindikatoren	63
Weitere Informationen	64
Ansprechpartner und Gremien	64
Wir gestalten gemeinsam – Saarland nachhaltig und zukunftsfähig.....	65
Anhang	66
Ideen und Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern.....	66
Impressum.....	71

Gemeinsam Verantwortung tragen für heute und morgen – eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Saarland

Hans Carl von Carlowitz, Oberberghauptmann aus Freiberg (Sachsen), gilt als Begründer des Prinzips der Nachhaltigkeit. Angesichts einer drohenden Rohstoffkrise formulierte von Carlowitz 1713 in seinem Werk „Sylvicultura oeconomica“ erstmals, dass immer nur so viel Holz geschlagen werden sollte, wie durch planmäßige Aufforstung, durch Säen und Pflanzen nachwachsen konnte. Nachhaltigkeit war ursprünglich also ein Konzept zur Ressourcensicherung, weil das Holz knapp wurde. Auch die aktuelle Nachhaltigkeitsdiskussion ist durch die Knappheit von Ressourcen wie z.B. fossile Energieträger, Metalle oder Seltene Erden sowie die Übernutzung und Verschmutzung von Ressourcen geprägt. 1972 wurde dies in dem Buch „Die Grenzen des Wachstums“ des Forscherehepaars Donella und Dennis Meadows weltweit bekannt. Sie erkannten, dass ein unbegrenztes Wachstum in dem begrenzten System Erde nicht möglich ist. Das moderne Verständnis von nachhaltiger Entwicklung wurde 1987 erstmals von den Vereinten Nationen im sog. „Brundtlandbericht“ formuliert und wird immer gerne als **die Definition von Nachhaltigkeit** herangezogen.

„Nachhaltige Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“

Die von Gro Harlem Brundtland formulierten Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung ergänzen den Nachhaltigkeitsbegriff um den wichtigen

Aspekt der Gerechtigkeit. Dabei wird sowohl auf eine gerechte Verteilung der Ressourcen für die heute lebenden Menschen als auch auf den Erhalt der Ressourcen für unsere Kinder und Kindeskiner abgezielt. Das Saarland hat das Thema Umweltgerechtigkeit im Juni 2016 in einem Antrag in die Umweltministerkonferenz der Bundesländer eingebracht. Die Umweltministerkonferenz stellte einstimmig fest, dass es Ziel einer sozial gerechten und verantwortlichen Umweltpolitik sein muss, überproportionale Umweltbelastungen in Abhängigkeit vom sozialen Status zu minimieren. Der Mensch und sein Wohlergehen sowie der im Grundgesetz verankerte Grundsatz der Chancengleichheit im Sinne der Gewährung gleichwertiger Lebensverhältnisse sollten als Leitgedanken allen wesentlichen Entscheidungen in der Umweltpolitik zugrunde gelegt werden. Mit der Forderung nach Umweltgerechtigkeit wird der soziale Aspekt der Nachhaltigkeit unterstrichen. Nachhaltiges Handeln zeichnet sich demzufolge dadurch aus, dass es zu ökonomisch tragfähigen, ökologisch vertretbaren und sozial gerechten Lösungen führt.

Was bedeutet Nachhaltigkeit aber nun konkret für die Saarländerinnen und Saarländer? Diese Frage wurde im Rahmen der partizipativen Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie des Saarlandes sowohl bei der ersten saarländischen Nachhaltigkeitskonferenz am 14. Juli 2016 in Otzenhausen diskutiert als auch in einer Online-Befragung gestellt.

Auf Seite 8 sind einige Antworten von Bürgerinnen und Bürgern auf die Frage: „Was bedeutet Nachhaltigkeit für Sie?“ exemplarisch aufgelistet.



**Klimaforscher
Prof. Dr. Mojib Latif
bei der 1. saarländischen
Nachhaltigkeitskonferenz**



Was bedeutet Nachhaltigkeit für Sie? – Antworten von Bürgerinnen und Bürgern:

„Mit den Dingen, die uns die Natur und die Erde schenkt, verantwortungsbewusst für Natur, Umwelt und Menschheit umzugehen, damit auch künftige Generationen auf dieser Erde leben und die Migrationen wegen Wassermangel, Klimakatastrophen und Verteilungskämpfen positiv beeinflusst werden können.“

„Für ein Voranschreiten der Nachhaltigkeit hat immer noch der Leitspruch der Lokalen Agenda 21 Gültigkeit: Global denken, lokal handeln. Sharing-Konzepte sind dabei sehr wichtig (Car-sharing, Foodsharing, Leihläden etc.), aber auch Repair Cafés oder solidarische Landwirtschaft.“

„Zu erkennen, was der Natur und dem Menschen schadet, der Zerstörung ein Ende zu bereiten, bereit und in der Lage zu sein, das Notwendige für eine bessere, lebenswertere und friedlichere Welt zu tun. Nachhaltigkeit ist meiner Meinung nach alternativlos.“

„Alles greift ineinander, das fängt bei der Ausstattung der Dienstfahrzeuge an, geht über Verbrauch von Flächen bis hin zur Städteplanung und der Mobilität.“

„Nachhaltiges Handeln bedeutet, nicht auf Kosten von Menschen in anderen Regionen der Erde oder zukünftiger Generationen zu leben. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte sind dabei gleichermaßen zu berücksichtigen. Jedoch bildet die Belastbarkeit der Erde und der Natur und der faire Umgang mit allen Menschen, die durch unser Handeln und Konsumieren beteiligt sind (ob hier oder in den Ländern des Globalen Südens), die absolute Grenze.“

Im Beteiligungsprozess wurde aber auch geäußert, dass der Nachhaltigkeitsbegriff heute vielfach fast beliebig gebraucht wird. Dies wird im folgenden Beitrag aus dem Bürgerdialog sehr deutlich:

„Nachhaltigkeit ist ein überholtes und undurchsichtiges Wort, welches wie Knetmasse geformt wird und im Munde jedes Menschen eine eigene Bedeutung gewinnt. Sie ist nicht greifbar, geschweige denn als Terminus hilfreich, wenn es zu einer Lösungsfindung kommen soll. Für mich persönlich ist es ein Schleierwort, welches denjenigen hilft, die handfeste Zielsetzungen vermeiden wollen.“

Nachhaltigkeit darf nicht beliebig werden. Deshalb benennt die saarländische Nachhaltigkeitsstrategie konkrete Handlungsfelder, Ziele und zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung geeignete Maßnahmen hier bei uns im Saarland. Gemäß dem Leitmotiv der laufenden Imagekampagne des Saarlandes – „Großes entsteht immer im Kleinen“ – funktioniert nachhaltige Entwicklung nur, wenn sich jeder Einzelne in der Verantwortung sieht und am Prozess beteiligt.

Nachhaltigkeit ist eine globale Herausforderung. Daher haben die Vereinten Nationen (UNO) am 25. September 2015 in New York im Beisein des Papstes die Agenda 2030 mit 17 Zielen und 169 Unterzielen zur nachhaltigen Entwicklung verabschiedet, die bis 2030 erreicht werden sollen. Diese Ziele werden **Sustainable Development Goals (SDGs)** genannt, und alle Mitgliedsstaaten der UNO sollen daran arbeiten, sie zu erreichen. Ihre Umsetzung ist freiwillig,

und jeder Staat entscheidet selbst, mit welchen Maßnahmen er die Ziele erreichen will – die Bundesregierung will ihre Nachhaltigkeitsstrategie Ende 2016 verabschieden und dabei die neuen SDGs integrieren.

Die Agenda 2030 soll Frieden fördern und dazu beitragen, dass alle Menschen in Freiheit und einer intakten Umwelt leben können. Die Agenda 2030 ist getragen vom Geist einer neuen globalen Partnerschaft – eine Einteilung in Geber und Nehmer oder in „erste“, „zweite“ und „dritte Welt“ wird abgelöst vom Gedanken der gemeinsamen Verantwortung für die Menschheit und den Planeten. Die 17 Entwicklungsziele der Agenda 2030 verknüpfen das Prinzip der Nachhaltigkeit mit der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung – zum ersten Mal werden Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit in einer Agenda zusammengeführt.

Sustainable Development Goals – SDGs



Die SDGs sind auf der Folgeseite im Überblick mit einer Kurzbezeichnung sowie einem erläuternden Satz dargestellt. Weiterführende Informationen: www.bmz.de/de/ministerium/ziele/2030_agenda/index.html

Die SDGs im Überblick mit Kurzbeschreibung

1. **Keine Armut** – Armut in jeder Form und überall beenden
2. **Keine Hungersnot** – Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern
3. **Gute Gesundheitsversorgung** – Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
4. **Hochwertige Bildung** – Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern
5. **Gleichberechtigung der Geschlechter** – Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Mädchen und Frauen erreichen
6. **Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen** – Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten
7. **Erneuerbare Energie** – Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern
8. **Gute Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum** – Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern
9. **Innovation und Infrastruktur** – Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen
10. **Reduzierte Ungleichheiten** – Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern
11. **Nachhaltige Städte und Gemeinden** – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen
12. **Nachhaltiger Konsum** – Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen
13. **Maßnahmen zum Klimaschutz** – Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen
14. **Leben unter dem Wasser** – Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen
15. **Leben an Land** – Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodenverschlechterung stoppen und umkehren und den Biodiversitätsverlust stoppen
16. **Frieden und Gerechtigkeit** – Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen
17. **Partnerschaften, um die Ziele zu erreichen** – Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung wiederbeleben

Auch für die saarländische Nachhaltigkeitsstrategie bilden die 17 SDGs den Handlungsrahmen.

Sehr viele dieser globalen Nachhaltigkeitsziele tangieren auch die Zuständigkeiten des Saarlandes. Zur Wahrnehmung der internationalen Verantwortung Deutschlands ist es wichtig, dass der Bund und die Länder konstruktive Beiträge zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland leisten. Abgeleitet von der Agenda 2030 und den 17 SDGs sowie mit Blick auf den gerade laufenden Überarbeitungsprozess der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurde die vorliegende erste saarländische Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Der Auftaktworkshop zur Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie fand am 11. Juli 2015 in der Europäischen Akademie Otzenhausen (EAO) statt. Hier verständigten sich der Interministerielle Koordinierungskreis und der saarländische Rat für Nachhaltigkeit auf ein Leitbild sowie allgemeine

Zielvorstellungen für die Nachhaltigkeitsstrategie. Zudem wurden sechs thematische Handlungsfelder identifiziert, die das Grundgerüst der Strategie bilden sollen.

Das Leitbild der saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie formuliert die übergeordnete Zielsetzung wie folgt:

Ziel ist es, die Lebenschancen künftiger Generationen im Saarland zu mehren, ohne die soziale, ökologische und ökonomische Entwicklungsfähigkeit anderer Menschen zu verringern, und hierzu beispielhafte Ansätze zu entwickeln.

Mit der Auswahl der Handlungsfelder sollen vorrangig wichtige Themenbereiche in den Fokus gerückt werden, die durch die Politik der Landesregierung und das lokale Engagement der Zivilgesellschaft gestaltet werden können. Die sechs Themenbereiche sind im Folgenden benannt und kurz erläutert. Detaillierte Informationen zur Bedeutung der Schwerpunktfelder für das Saarland, zu Zielen, Indikatoren und Maßnahmen der Landesregierung sowie den Vorschlägen und Ideen aus dem Partizipationsprozess finden sich in den Kapiteln zu den einzelnen Handlungsfeldern:

- **Bildung, Wissen und Innovation** – Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein Schlüssel für Veränderung, schafft Wissen und ermöglicht Innovationen, nach dem Motto „Vom Wissen zum Handeln“.
- **Finanzielle Nachhaltigkeit** – Erhalt eines funktions- und handlungsfähigen, eigenständigen Saarlandes und fairer Chancen für kommende Generationen.
- **Demografie, nachhaltige Siedlungsentwicklung** – greift die spezifischen Herausforderungen der demografischen Entwicklung vor allem im ländlichen Raum auf, die das Saarland in besonderem Maße betreffen.
- **Klima- und Ressourcenschutz** – bisherige Maßnahmen gegen den Klimawandel im Saarland sind weiter zu intensivieren und sind genau wie der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der Umwelt- und Rohstoffressourcen auch eine Frage der Gerechtigkeit.
- **Erhalt und Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandortes** – Förderung einer zukunfts- und wettbewerbsfähigen Industriestruktur auf weiterhin technologisch hochwertigem Niveau. Ebenso soll unsere mittelständische Wirtschaft in allen Bereichen gesichert und zukunftsfest ausgebaut werden.
- **Mobilität** – Eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für ökologischen, ökonomischen und sozialen Fortschritt.

Die gewählten Handlungsfelder decken natürlich nicht alle Aspekte der Nachhaltigkeit und sämtliche Ziele der Agenda 2030 in gleichem Maße ab. Die Festlegung auf Schwerpunkte ermöglicht jedoch die Konzentration auf wesentliche und vor allem durch die Landespolitik beeinflussbare Handlungsfelder. Die folgende Tabelle verdeutlicht die direkten und indirekten Zusammenhänge zwischen den Schwerpunktfeldern der saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie und den SDGs.

Handlungsfeld	SDGs (direkt)	SDGs (indirekt)
Bildung, Wissen und Innovation	4, 5 und 9	alle anderen SDGs
Finanzielle Nachhaltigkeit	8 und 10	alle anderen SDGs
Demografie, nachhaltige Siedlungsentwicklung	3 und 11	1, 5 und 9
Klima-/ Ressourcenschutz	6, 7, 12, 13 und 15	2, 16 und 17
Erhalt/ Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandortes	8, 9 und 10	alle anderen SDGs
Mobilität	11 und 13	4, 5, 9, 11, 12

Sowohl zwischen den sechs Schwerpunktfeldern als auch zwischen den verschiedenen SDGs kann es zu Zielkonflikten kommen, die im Rahmen eines gesellschaftlichen Bewertungsprozesses diskutiert und dann politisch entschieden werden müssen. Beispielsweise besteht ein Zielkonflikt zwischen dem Schwerpunktfeld „Bildung, Wissen und Innovation“ und dem der „Finanziellen Nachhaltigkeit“, wenn die Möglichkeiten der Investitionen in den Ausbau von Schulen und Hochschulen durch die verfügbaren finanziellen Mittel begrenzt werden. Die Diskussion der Zielkonflikte und das Ringen nach kreativen, nachhaltigen Lösungen kennzeichnen den Such- und Dialogprozess, der zur Etablierung einer nachhaltigen Entwicklung global und hier bei uns im Saarland erforderlich ist.

Partizipation im Rahmen der saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie

Das im Jahr 2011 auf den Weg gebrachte Vorhaben, eine Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten, wurde, bedingt durch die Landtagswahlen 2012, zunächst nicht weiter fortgeführt. Im Jahr 2013 wurde mit dem „Jahr der Nachhaltigkeit“ eine saarlandweite Informations- und Sensibilisierungskampagne unter Federführung des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz durchgeführt. In einer Vielzahl von Aktionen gelang es, mit Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen den Begriff der Nachhaltigkeit dialogorientiert in seiner spezifischen Beziehung zum Saarland zu diskutieren und zu beleuchten.

Auch die verschiedenen Ressorts haben sich durch eigene Veranstaltungen eingebracht und das Nachhaltigkeitspotential im Saarland gemäß der eigenen Zuständigkeit identifiziert und thematisiert. Der Ministerrat beschloss am 24. Februar 2015, den Prozess der Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie unter Federführung des Ministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz und unter Eigenverantwortung der einzelnen Ressorts der Landesregierung in Gang zu setzen.

Das Ziel war, auf Basis einer Reihe von bereits in den Ministerien etablierten Zielen, Strukturen und Maßnahmen unter Berücksichtigung der Einhaltung der Schuldenbremse und der Wahrung der Eigenständigkeit des Saarlandes einen ökologisch, ökonomisch und sozial ausgewogenen Zukunftsentwurf zu entwickeln. Dabei wurde ein partizipativer Ansatz gewählt, der über verschiedene Instrumente die interessierte Öffentlichkeit, ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen und Verbände in den Prozess der Strategieerarbeitung einbinden sollte. Bei den vorgestellten Maßnahmen und Projekten der Landesregierung ist der Haushaltsvorbehalt zu beachten.

In einem Auftaktworkshop im Sommer 2015 in der EAO haben die Mitglieder des Koordinierungskreises Nachhaltigkeitsstrategie sowie der gesetzlich verankerte Rat für Nachhaltigkeit des Saarlandes insgesamt sechs Schwerpunktthemen sowie ein Leitbild für die Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. Im März 2016 wurde ein interner Status Quo-Bericht der Landesregierung verfasst, der Aktivitäten der einzelnen Ministerien in den sechs Schwerpunktthemen widerspiegelt. **Am 14. Juli 2016 fand in EAO die erste saarländische Nachhaltigkeitskonferenz statt**, auf der die rund 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter anderem in sechs Workshops ihre eigenen Ideen und Vorstellungen betreffend die Schwerpunktthemen der Strategie einbringen konnten. Vom 14. Juli 2016 bis 12. August 2016 konnte sich die Öffentlichkeit unter www.nachhaltigkeit.saarland an einer Online-Befragung zur Nachhaltigkeitsstrategie

beteiligen und ihre Ideen und Meinungen zu verschiedenen Fragen in den Schwerpunktthemen einbringen. Insgesamt gingen 233 Beiträge ein, die zusammen mit den Ergebnissen der Nachhaltigkeitskonferenz vom 14. Juli 2016 wichtige Anregungen für die Nachhaltigkeitsstrategie gaben und teilweise mit einbezogen wurden.

Der auf Basis des Partizipationsprozesses von der Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie mit wissenschaftlicher Begleitung erarbeitete Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie wurde nochmals durch den Rat für Nachhaltigkeit und den interministeriellen Koordinierungskreis diskutiert und am 13.12.2016 durch den Ministerrat beschlossen. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist dabei als offener Prozess angelegt. Weiterentwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene wie beispielsweise der Nationale Aktionsplan des UNESCO-Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2015-2019) sollen im weiteren Verfahren Berücksichtigung finden. Bei einer Fortschreibung soll insbesondere die Bedeutung der Hochschulen für eine nachhaltige Entwicklung noch stärker herausgearbeitet werden. Diese Nachhaltigkeitsstrategie versteht sich somit als Teil eines dynamischen Prozesses: Nach der Veröffentlichung der ersten Nachhaltigkeitsstrategie des Saarlandes wird der partizipative Ansatz fortgeführt, denn Nachhaltigkeit kann nicht verordnet, sondern muss gelebt werden.



Erste saarländische Nachhaltigkeitskonferenz, 14. Juli 2016



Handlungsfeld 1: Bildung, Wissen, Innovation für eine nachhaltige Veränderung

Bildung ist der Schlüssel für die Weiterentwicklung einer Gesellschaft. Sie ist damit eines der wichtigsten Handlungsfelder der Nachhaltigkeit. Dabei gilt es, inklusive, gerechte und hochwertige Bildung zu gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle Menschen zu fördern. Die systematische Berücksichtigung und Vermittlung von Nachhaltigkeitskompetenzen in allen Lern- und Lebensphasen spielt dabei eine wichtige Rolle: Dieser dynamische Prozess soll Zukunft im Saarland sichern helfen und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt stärken.

Zentrale Aufgaben formaler Bildung (Kindergärten, Schulen, berufliche Bildung, Hochschulen) des Landes sind Bildung und Erziehung durch Kompetenzvermittlung. Diese Vermittlung von Kompetenzen im Sinne einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung kann auf weite Sicht zu global innovativem Handeln befähigen. Dabei werden globale Zusammenhänge und lokale Ansätze nachhaltigen Handelns stärker ins Bewusstsein gebracht und zielen auf die Übernahme von Verantwortung für eine gerechtere, klimaverträglichere und zukunftsfähigere Weltgesellschaft im individuellen wie im gesellschaftlichen Umfeld.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung hat in Deutschland und auch explizit im Saarland mittlerweile eine herausragende Rolle eingenommen. Unterstützt wurde diese Entwicklung auch durch die UN-Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.

Unter dem Motto „Vom Wissen zum Handeln“ soll auch in Zukunft unter dem Leitbild der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen (SDGs) und dem Weltaktionsprogramm der UNESCO (WAP) Zukunftsfähigkeit gewährleistet werden.

Das Saarland möchte auf diese Weise seinen Beitrag leisten, die Ziele 4 „Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“ und 9 „Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen“ der SDGs im Zeithorizont bis 2030 zu realisieren.

Ausgangslage im Saarland

Bildung und Erziehung haben den Auftrag, jungen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Verantwortung für sich selbst, andere und nachfolgende Generationen zu ermöglichen, und Bildungsgerechtigkeit herzustellen. Dabei gilt der Grundsatz, allen Menschen Bildungschancen zu eröffnen, die es ihnen ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und positive gesellschaftliche Weiterentwicklung erforderlich sind. Dies ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag und für jeden Einzelnen eine lebenslange Aufgabe. Dabei orientiert sich lebenslanges Lernen – im Sinne der Ressourcenschonung und Balance zwischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Zielen – zukünftig stärker als bisher an den Maximen nachhaltiger Entwicklung. Staatliche Bildungsakteure und zivilgesellschaftliche Organisationen arbeiten zur Erreichung der Ziele eng zusammen und kooperieren bei der Umsetzung mit Firmen und Betrieben in der gesamten Region.

Das Saarland hat sich in vielen Bereichen schon auf den Weg gemacht. Die Förderung der Bildung für Nachhaltige Entwicklung stellt schon seit vielen Jahren eine der zentralen Aufgaben der Landesregierung dar, um das Denken in globalen Zusammenhängen und verantwortliches Handeln in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu verankern.

Mit der „Strategie für Innovation und Technologie“ vom Oktober 2015 soll die Kompetenz in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation gestärkt werden. Die Hochschulen des Landes befinden sich in einem dynamischen Entwicklungsprozess. Der neue Landeshochschulentwicklungsplan ermöglicht eine attraktivere, effiziente und damit auch wettbewerbsfähige Gestaltung ihrer Zukunft. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen im Saarland widmen sich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, dies insbesondere unter dem Aspekt der nachhaltigen Entwicklung. Vor dem Hintergrund der Sustainable Development Goals wurden Leitlinien der Entwicklungszusammenarbeit im Saarland erarbeitet, die noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden sollen.

Das BNE-Netzwerk Saarland (BNE=Bildung für Nachhaltige Entwicklung) ist ein Zusammenschluss von freien Trägerinnen und Trägern und Vertreterinnen und Vertretern staatlicher Akteure, die die ganze Bandbreite der Bildung für Nachhaltige Entwicklung abdecken und sich der Vermittlung von Nachhaltigkeitsthemen im Saarland widmen. Mit der Kooperation verschiedener Verbände und Dachorganisationen ist ein wesentlicher Schritt zur Verankerung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung im (vor)schulischen und außerschulischen Bereich gelungen. Organisiert wird das Netzwerk vom Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in Kooperation mit dem Zentrum BNE beim Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM). Integriert sind diese Organisationen in das BNE-Netzwerk der Großregion SaarLorLux, in welchem der grenzüberschreitende Wissenstransfer stattfindet und gemeinsame Aktionen durchgeführt werden. Aufgabe des Zentrums BNE ist die Implementierung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung im saarländischen Schulsystem sowie die Vernetzung saarländischer Schulen mit Partnern inner- und außerhalb des Saarlandes. Weitere Tätigkeitsfelder sind u.a. Beratung und Unterstützung von Schulen, Fortbildungsveranstaltungen und Vermittlung von Kooperationspartnern.

Ziele

Die in den **Zielen 4 und 5 der SDGs** genannten Forderungen sind seit vielen Jahren Selbstverpflichtung der saarländischen Landesregierung: Ausbau von Kindertagesstätten und Verbesserung der frühkindlichen Bildung; gleichberechtigter Zugang von Jungen und Mädchen sowie Männern und Frauen zu naturwissenschaftlichen und technischen Ausbildungsgängen im Sinne der Überwindung einschränkender Rollenmuster; gendersensible Bildung zur

Verbesserung der Chancengerechtigkeit von Jungen und Mädchen bzw. Männern und Frauen in der Bildung und der gleichberechtigte Zugang zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen – unabhängig von Unterschiedlichkeiten und Exklusionsrisiken. Inklusion ist ein elementares Menschenrecht, jeder Mensch soll in seiner Eigenheit wahrgenommen und angemessene, individuelle Förderung erhalten.



Nachhaltigkeitsziele für das Saarland im Handlungsfeld 1 sind:

1. Den inklusiven und gleichberechtigten Zugang zu Bildung weiter verbessern
2. Bildung im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung weiter ausbauen
3. Förderung einer Wissenskultur, die über Fachgrenzen hinweg die großen Zukunftsprobleme der Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt und Beiträge zu deren Lösung leistet, sowie die Förderung von Wissen und Kompetenzen der Studierenden zu Nachhaltigkeitsfragen
4. Die saarländische Forschungs- und Innovationsstruktur weiter verbessern
5. Einführung eines Qualitätsmanagements- und Zertifizierungssystems in der außerschulischen Bildung

Maßnahmen und Projekte der Landesregierung

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) als wesentliches Ziel der Akteure in der formalen wie der außerschulischen Bildung verankern

Bildung wurde bereits in Kapitel 36 der Agenda 21 (Ergebnis der Rio-Konferenz 1992) als wichtigstes Instrument der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung festgelegt. Insoweit besteht in dieser Frage globaler Konsens. Der Begriff „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurde auf der UN-Umweltkonferenz von Rio de Janeiro 1992 geprägt.

Die notwendigen Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Entwicklung können nicht von oben nach unten diktiert werden, sondern setzen an der Eigenverantwortung an. Jeder soll an der Entwicklung mitgestalten und teilhaben können.

Bei einer Bildung für nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 geht es daher nicht um die Vermittlung von Wissen, weil weder Orientierungswissen noch Handlungs-Wissen ausreichen, Einstellungen und Verhalten an den Erfordernissen einer nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Ziel einer Bildung für nachhaltige Entwicklung ist die

Vermittlung von Gestaltungskompetenz. Konkret: BNE vermittelt den Menschen die Fähigkeiten und Fertigkeiten, mit denen sie in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebens- und Arbeitsumwelt verantwortungsbewusst und vorausschauend abwägen, entscheiden und handeln können und wollen. BNE zeichnet sich einerseits durch Methoden aus, die auf Selbstständigkeit und Selbstorganisation abzielen, und andererseits durch Inhalte, die für die Menschen zukunftsrelevant sind und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen.

Kinder und Jugendliche sollen so früh wie möglich, am besten bereits im Rahmen frühkindlicher Bildung und in der Schule, damit vertraut werden, aktiv, kritisch und wirksam an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung mitzuwirken, um diese im Sinne der Nachhaltigkeit zu formen.

Bedeutsam sind dafür:

- Die Notwendigkeit, den Unterricht an diese Anforderungen anzupassen durch Vermittlung entsprechender Inhalte und den Einsatz von Unterrichtsmethoden, bei denen Schülerinnen und Schüler sich aktiv und selbständig am Unterricht beteiligen können. Dazu gehören beispielsweise das selbstorganisierte Lernen und der fächerverbindende projektorientierte Unterricht, ebenso wie die Erweiterung und Vertiefung der Unterrichtsinhalte durch Einbindung externer Experten und schülerzentrierte Unterrichtsmethoden insbesondere an außerschulischen Lernorten wie Schullandheimen.
- Die Vermittlung von Handlungskompetenzen und Fertigkeiten, die nicht nur einem einmal zu erreichenden Lernziel in einer bestimmten Klassenstufe entsprechen, sondern darüber hinaus bis zum Schulabschluss und auch nach der Schulzeit, also nachhaltig, beherrscht werden. Diese Zielsetzung entspricht denen der Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK), die im Saarland in die Lehrpläne eingeflossen sind. Die Lehrpläne berücksichtigen dabei nicht nur fachinhaltliche, sondern ausdrücklich auch prozessbezogene Kompetenzen, die sich unter anderem auf Methoden und Lernstrategien sowie Einstellungen der Schülerinnen und Schüler beziehen. Die Kompetenzorientierung steht für den Anspruch, dass die Ergebnisse schulischen Lernens handlungsrelevant, praktisch anwendbar sowie persönlich und gesellschaftlich bedeutsam sein sollen.
- Inhalte der BNE sind in den Lehrplänen aller Schulformen, insbesondere in den Fächern Erdkunde, Sozialkunde/Politik, Religion/Ethik, Biologie, Chemie, Physik, Naturwissenschaften sowie auch in allen KMK-Rahmenlehrplänen der Ausbildungsberufe und in den Lehrplänen der beruflichen Vollzeitschulen im technischen und sozialpflegerischen Bereich berücksichtigt. Auch bei künftigen Lehrplanrevisionen wird BNE als Querschnittsaufgabe in die Lehrpläne aufgenommen.

- Die Schaffung von Angeboten zur Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Das Landesinstitut für Pädagogik und Medien (LPM) unterstützt und berät Lehrerinnen und Lehrer bei der schülerorientierten Gestaltung von Unterricht ebenso wie bei der Durchführung von praxisorientierten Unterrichtsprojekten oder bei der umweltgerechten Veränderung von Schule und Schulgelände. Die LPM-Beratungsstelle „Zentrum Bildung für nachhaltige Entwicklung“ strebt an, Aspekte der Nachhaltigkeitspädagogik, den Bereich der entwicklungspolitischen Bildung sowie ökonomische Gesichtspunkte in die Beratungstätigkeit zu integrieren. Das Zentrum BNE betreut ein Netzwerk von inzwischen mehr als 50 Schulen, die sich für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung engagieren. Bei Bedarf können Kooperationspartner aus dem außerschulischen Bereich, wie z.B. Umwelt- und Naturschutzverbände, aber auch aus der Wirtschaft vermittelt werden. Den Schulen steht außerdem ein umfangreiches Angebot an Materialien und Medien für den Unterricht zur Verfügung.
- Die saarländischen Hochschulen sollten in Lehre, Studium und Weiterbildung bei ihren Studierenden Wissen und Kompetenzen fördern, die es ihnen ermöglichen, die Probleme nachhaltiger Entwicklung in den interdisziplinären Zusammenhängen zu erkennen und zu beurteilen um in ihren Disziplinen und beruflichen Arbeitszusammenhängen informiert und verantwortlich handeln zu können.

Beispiele für Projekte, bei denen BNE eine besondere Rolle spielt:

Gesunde Schule Saarland

Dabei handelt es sich um einen langfristigen und dauerhaften Prozess, in dem eine Gesamtkonzeption für die Lehrkräfte, für die Schülerinnen und Schüler sowie für die übrigen Beschäftigten im Lebensraum Schule verfolgt wird. Damit sollen die unterschiedlichen Maßnahmen und Ressourcen, die bereits vorhanden sind gebündelt und systematisiert und unterschiedliche Akteure zusammengebracht werden.

BNE als Querschnittsaufgabe in der Schule

Im Sinne einer Schul- und Qualitätsentwicklung nach dem Leitbild der Nachhaltigkeit vermitteln Bildungseinrichtungen BNE als Querschnittsaufgabe und implementieren Aspekte der nachhaltigen Entwicklung in ihrem Schulprofil oder in dauerhaften Veränderungsprozessen: Im Saarland besteht zum Beispiel ein aktives Netzwerk an UNESCO-Projektschulen. Bildung für nachhaltige Entwicklung, globales Lernen, internationale Verständigung, Menschenrechte, Toleranz und interkulturelles Lernen sind Themengebiete, die ins Schulleben integriert und im Unterricht auf vielfältige Art und Weise vermittelt werden.

MitREDEN

Bei diesem offiziellen Projekt der Weltdekade 2013/14 stellt „Learning by doing“ die Maxime für die im Projekt „Bildung für nachhaltige Entwicklung in Reden“ praktizierte Methodik dar. Schülerinnen und Schüler, die ins Zentrum für Biodokumentation (ZfB) kommen, sollen selbsttätig sein. Lernen erfolgt nicht durch passive Aufnahme von vorgetragenem Wissensstoff, sondern durch aktives Erforschen, Erfahren und Erleben.

Vernetzungsstelle Schulverpflegung

Die im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz angesiedelte Vernetzungsstelle Schulverpflegung unterstützt mit einem vielfältigen Angebot von Beratungen, Fachtagungen und Fortbildungen alle Akteure im Bereich der Kita- und Schulverpflegung. Mit dem im Jahr 2009 flächendeckend im Saarland eingeführten Schulobstprogramm lernen die Kinder und Jugendlichen den Umgang mit frischem Obst und Gemüse. Das Programm trägt dazu bei, dass gesundheitsfördernde Essgewohnheiten etabliert und langfristig beibehalten werden.

Entwicklungspolitische Leitlinien

Mit den Leitlinien der Entwicklungspolitik des Saarlandes möchte die Landesregierung einen aktiven Beitrag zu einer Nachhaltigen Entwicklung leisten, also Armut bekämpfen, Frieden sichern, Demokratie verwirklichen und die Globalisierung gerechter gestalten. Sie versteht dies auch als einen

bescheidenen Beitrag, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Ein wichtiger Ansatz dazu ist, Globales Lernen zusammen mit BNE als Querschnittsaufgabe stärker in die Schulen sowie in die Aus- und Weiterbildung aller Lehrenden und Auszubildenden einzubringen.

Kampagne „Verantwortung und Nachhaltigkeit. Mach mit!“

Das Konsumverhalten in unserer modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft steht im Mittelpunkt dieser Kampagne der Landesregierung in Kooperation mit dem Unternehmen Deutsche Telekom Technik GmbH und zahlreichen saarländischen Partnern. Am Beispiel des Alltagsgegenstandes Mobiltelefon/Smartphone werden junge Menschen für die ökologischen und ökonomischen Folgen des Massenkonsums von elektronischen Geräten sensibilisiert. Neben der Sammlung und dem Recycling

von alten Handys stehen vor allem die Entwicklung eines Problembewusstseins, das Begreifen globaler Zusammenhänge bei der Ressourcennutzung und Sensibilisierung für ein ökologisches Verhalten im Vordergrund der Kampagne. Die Kampagne hat inzwischen vielfach Beachtung gefunden; so beispielsweise bei der Woche der Umwelt des Bundespräsidenten in Berlin und durch die Verleihung des Qualitätslabels „Werkstatt-N-Projekt 2016“ durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung.

Landeshochschulentwicklungsplan

Konsolidierung, Konzentration und Kooperation sind die zentralen Instrumente, mit denen das Saarland seine Hochschullandschaft in den kommenden Jahren fortentwickeln und wettbewerbsfähig gestalten will.

- Konsolidieren wird so verstanden, dass das Land den Hochschulen einen Finanzrahmen zusagt und ihnen damit Planungssicherheit gibt.
- Konzentrieren bedeutet, dass die Hochschulen sich stärker auf Leistungsschwerpunkte und besondere Profilmerkmale fokussieren.
- Kooperieren zielt darauf ab, dass Doppelstrukturen abgebaut, Synergieeffekte generiert und Kompetenzen gebündelt werden. Konkret sollen mehr Zusammenarbeit, mehr Abstimmung der Studienangebote und mehr gemeinsame Lehrangebote innerhalb der Hochschulen sowie zwischen den Hochschulen im Lande, aber auch über Grenzen hinweg mit Rheinland-Pfalz, Luxemburg und Lothringen, erreicht werden.

Saarländische Innovationsstrategie

Die Förderung von Umweltinnovationen und Chancengleichheit sind zwei zentrale Ansatzpunkte der Innovationsstrategie. Sie soll den Transfer zwischen Unternehmen und Hochschulen verbessern und zu einer Konturierung von Schlüsselbereichen der zukünftigen Innovationspolitik im Saarland führen.

Strategische Handlungsfelder sind dabei:

- IKT (Informations- und Kommunikationstechnologien)
- Automotive und Produktion
- LifeScience und Materialien

Die Innovationsstrategie sowie die im Operationellen Programm EFRE (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) Saarland 2014-2020 im Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ geförderten Maßnahmen bilden die Grundlage der saarländischen Innovationspolitik, durch welche die hiesige Forschungs- und Innovationskompetenz gestärkt und somit auch der Arbeitsmarkt und die heimische Wirtschaft profitieren werden.

Nachhaltigkeitsindikatoren

- Quote der Schulabgänger ohne Schulabschluss [%]
- Quote von Jugendlichen mit qualifizierendem Berufsabschluss [%]
- Anzahl von Plätzen in Kindertagesstätten
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Globales Lernen als Querschnittsthemen in Schulen
- Globales Lernen als Bestandteil der Aus- und Weiterbildung
- Globale Bezüge und Nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe in die Aus- und Weiterbildung aller Lehrenden und Auszubildenden



Handlungsfeld 2: Finanzielle Nachhaltigkeit – Basis für die Gestaltung von Zukunftsfähigkeit

Die aktive Gestaltung von Zukunft unter den Vorzeichen globaler Nachhaltigkeitsziele setzt stabile öffentliche Haushalte voraus, die mittelfristig ohne neue Schulden finanziert werden können. Finanzielle Nachhaltigkeit bezieht sich also erstens auf das krisenfeste Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben staatlicher Institutionen. Spätestens seit dem Kollaps des internationalen Finanzsystems im Jahre 2008 und den sich in der Folge dramatisch verstärkenden Krisen öffentlicher Haushalte auch in Europa ist deutlich geworden, dass nur eine auf Stabilität und Solidität ausgerichtete Haushaltspolitik staatliche Akteure dazu befähigt, auch in einem schwierigen ökonomischen Umfeld handlungsfähig zu bleiben. Nachhaltige Entwicklung benötigt als Basis diese finanzpolitische Stabilität. Somit stellt diese ein Querschnittsthema im Kontext der Nachhaltigkeitsziele dar. Langfristig tragfähige öffentliche Finanzen sind eine wesentliche Voraussetzung für alle anderen Nachhaltigkeitsanstrengungen und dienen der Generationengerechtigkeit. Spätestens seit der Staatsschuldenkrise einiger öffentlicher Haushalte im Euroraum und der Aufnahme der Schuldenregel in das Grundgesetz ist die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung mehr als ein Schlagwort. Der Europäische Fiskalpakt verpflichtet alle staatlichen Ebenen – Bund, Länder, Gemeinden – sowie die Sozialversicherungen, ihre Haushalte zu konsolidieren. Darüber hinaus verbietet die Schuldenbremse Bund und Ländern (ab 2020) grundsätzlich die (strukturelle) Nettokreditaufnahme.

Die zweite Dimension finanzieller Nachhaltigkeit bezieht sich auf den doppelten Gerechtigkeitsanspruch nachhaltiger Entwicklung. Gerechtigkeit innerhalb einer Generation und zwischen den Generationen – dieser hohe Anspruch hat Konsequenzen für die Finanzpolitik staatlicher Akteure – bezogen auf die Begrenzung staatlicher Verschuldung, bezogen aber auch auf die Gestaltung der Steuerpolitik, deren Ziel es sein muss, Lasten nach dem Maßstab der Leistungsfähigkeit zu verteilen.

Ausgangslage im Saarland

Im Saarland sind vor allem der Landeshaushalt, aber auch viele Kommunalhaushalte seit Jahrzehnten von einer erheblichen finanziellen Schieflage geprägt. Ursächlich hierfür ist vor allem der mit hohen Sozialausgaben verbundene gravierende wirtschaftliche Strukturwandel, der einerseits durch erhöhte finanzielle Impulse im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung flankiert werden musste, andererseits eine stark unterdurchschnittliche demografische Entwicklung nach sich zog, die wiederum deutlich steigende

Pro-Kopf-Zins- und Versorgungsausgaben mit sich brachten. Hinzu kommt trotz länderdurchschnittlicher Wirtschaftskraft je Einwohner eine unterdurchschnittliche Finanzkraft auch nach Finanzausgleich. Eine hohe und weiter steigende Schuldenstandsquote sowie erhebliche Haushaltsdefizite belegen, dass die Herstellung der finanziellen Nachhaltigkeit eine vorrangige Aufgabe der Landespolitik darstellt.

Ziele

Der Weg zum ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung im Jahr 2020 ist ein großes Stück vorangekommen. Dennoch bleibt der Rest der Wegstrecke in den Jahren bis 2019 anspruchsvoll. Neben einer Fortsetzung des strengen Konsolidierungskurses der Landesregierung sind konsolidierungsverträgliche Rahmenbedingungen auch weiterhin eine zwingende Voraussetzung für das Erreichen des vorgegebenen Ziels. Nur ein Dreiklang aus Einnahmeverbesserungen, Ausgabenbegrenzungen und einer Altlastenhilfe kann die dauerhafte Einhaltung

der Schuldenbremse ab 2020 ermöglichen. Entscheidend für die Erreichbarkeit und Umsetzbarkeit einer Nachhaltigkeitsstrategie ist, dass das Saarland eigenständig und unabhängig bleibt. Eigene Finanzgewalt und Handlungsspielräume müssen ausgebaut und erhalten bleiben. Grundlage zur Erreichung aller Nachhaltigkeitsziele ist für das Saarland eine nachhaltige Finanzpolitik. Tragfähige öffentliche Finanzen des Landes und der saarländischen Kommunen herzustellen wird durch folgende Zielsetzungen beschrieben.



Nachhaltigkeitsziele für das Saarland im Handlungsfeld 2 sind:

1. Konsolidierung des Landeshaushaltes und der kommunalen Haushalte
2. Beachtung der Defizitobergrenze bis 2019
3. Einhaltung der Schuldenbremse ab dem - Jahr 2020
4. Struktur der Ausgaben des Landes an den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie ausrichten, indem insbesondere durch Aufgabenkritik und Anpassung an die demografische Entwicklung konsumtive Ausgaben reduziert und notwendige Investitionsausgaben gestärkt werden
5. Einnahmen unter Beachtung des Gebots der Steuergerechtigkeit stärken
6. Orientierung der Personalausstattung des Landes an Benchmarks vergleichbarer Bundesländer

Maßnahmen und Projekte der Landesregierung

Konsolidierung des saarländischen Landeshaushaltes

Das Saarland wird auch in den kommenden Jahren seine Politik basierend auf den Grundsätzen „Konsolidieren“, „Konzentrieren“ und „Kooperieren“ fortsetzen. Gleichzeitig gilt es, auf unvorhersehbare, von außen auf das Land zu kommende Ereignisse flexibel und angemessen zu reagieren, ohne dabei den festgelegten Sanierungspfad zu verlassen.

Die Landesregierung wird weiterhin künftige Ausgabenzuwächse auf ein Mindestmaß begrenzen, um den Anforderungen der Schuldenbremse gerecht zu werden, den Anspruch auf Konsolidierungshilfen aufrechtzuerhalten und vor allem den notwendigen Spielraum für weitere zukunftsichernde Investitionen zu behalten. Ziel ist die Sicherung tragfähiger öffentlicher Finanzen durch die dauerhafte Einhaltung

der Schuldenbremse. Voraussetzung für die Einhaltung der Schuldenbremse ist die konsequente Umsetzung der im Sanierungsprogramm des Landes enthaltenen Maßnahmen und Projekte sowie auch über das Jahr 2019 hinaus eine kluge Haushalts- und Finanzpolitik, um einen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf Dauer realisieren zu können, um auf der Grundlage sinkender Zinslastquoten weitere finanzielle Spielräume zur Finanzierung von zukunftsgerichteten Projekten zu gewinnen. Die Einhaltung der Schuldenbremse führt zu einer nachhaltigen Rückführung der Schuldenstandsquote, also des Schuldenstandes im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

Zukunftssichere Landesverwaltung

Das Projekt „Zukunftssichere Landesverwaltung“ ist ein wesentlicher Beitrag zu dem übergeordneten Ziel der Landesregierung, die finanzielle Nachhaltigkeit des Landeshaushaltes zu erreichen.

Die Projektstruktur umfasst folgende Bereiche:

- Querschnittsbereich: Benchmarking-Analyse, Best Practices

- Konsolidierungsbereich I: Begrenzung der Personalausgaben, Organisationsuntersuchungen, Aufgabenkritik, Kooperationen
- Konsolidierungsbereich II: Landesgesellschaften
- Konsolidierungsbereich III: Fördermittelcontrolling
- Konsolidierungsbereich IV: Verbesserung der Systemsteuerung

Der im Mittelpunkt stehende Konsolidierungsbereich I konzentriert sich auf die Felder Personalentwicklung, Verwaltungsoptimierung, Qualitätssicherung und betriebliches Gesundheitsmanagement. Damit verbunden ist eine umfassende Neuausrichtung der IT-Infrastruktur. Wesentlicher Erfolgsfaktor im Rahmen der Nachhaltigkeit ist der „Saarländische Weg“: dieser beinhaltet die umfassende Beteiligung der Interessenvertretungen und Gewerkschaften an folgenden Bausteinen und Maßnahmen:

- Aufgabenkritik im Rahmen der Personalentwicklungsplanungen bis zum Jahr 2020
- Einrichtung von Shared Services in den Bereichen Personal, Haushalt, Organisation, Innere Dienste, IT
- Pension mit 67 begleitet mit Maßnahmen für einen flexiblen Eintritt in den Ruhestand
- Weiterer Ausbau alters- und altersgerechter Arbeitsplätze
- Flankierende Maßnahmen zur Realisierung des Stellenabbaus
- Qualitätssicherung bei der Aufgabenwahrnehmung, Knowhow-Bündelung
- Verbesserung des Arbeitsumfeldes
- Implementierung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements in der gesamten Landesverwaltung
- Demografie: Sicherstellung der Nachwuchsgewinnung beim Arbeitgeber Saarland

Die Konsolidierungsmaßnahmen (Einnahmeverbesserungen, Begrenzung der Personalausgaben, Kürzung von Sachkosten und Zuschüssen, Kürzungen im investiven Bereich) sind Bestandteil der Berichte zur Umsetzung des Sanierungsprogramms.

Im Rahmen der IT-Neuausrichtung strebt die Landesregierung eine gemeinsame Rechenzentrumsinfrastruktur für die Landesverwaltung, die Universität sowie die saarländischen Kommunen an. Hierzu wurde gemeinsam mit dem Zweckverband elektronische Verwaltung für saarländische Kommunen eGo-Saar sowie dem Hochschul-IT-Zentrum ein Projekt initiiert.

Ziel ist es, Lösungen und Modellvarianten für ein zukunftsfähiges, sicheres, nachhaltiges und energetisch effizientes gemeinsames Rechenzentrum zu erarbeiten, das 2017/2018 in Betrieb gehen kann. Hier wird konsequent auf einen Green-IT-Ansatz mit modernster stromsparender Kühltechnik gesetzt. Im Zuge der Zentralisierung der IT im IT-Dienstleistungszentrum erfolgt auch eine Umstellung der Arbeitsplatz-PCs in der Landesregierung durch energiesparende Thin Clients.

Kommunen

Kommunale Schuldenbremse

Bei der kommunalen Schuldenbremse handelt es sich um Vorgaben im jährlichen Haushaltserlass an die Kommunen mit dem Ziel, defizitäre Gemeinden schrittweise zum Haushaltsausgleich zu führen. Die Kommunale Schuldenbremse setzte mit dem

Haushaltserlass für das Jahr 2011 ein und wurde mit dem Haushaltserlass im Jahr 2015 wesentlich überarbeitet. Die seit diesem Jahr geltenden Anforderungen sind im Konsolidierungserlass als Bestandteil des Haushaltserlasses niedergelegt.

Kommunalpakt

Das Gutachten von Prof. Dr. Martin Junkernheinrich über die Finanzsituation der saarländischen Kommunen weist bei einer Gesamtbetrachtung einen hohen Bedarf der kommunalen Ebene an Haushaltskonsolidierung aus. Demnach existiert alljährlich eine zahlungsbezogene Deckungslücke von 160 Mio. Euro. Die Liquiditätskredite der Kommunen würden sich laut dem Gutachten in zehn Jahren mehr als verdoppeln, wenn nicht zeitnah und konsequent gegengesteuert wird.

Wegen der bestehenden organisatorischen und finanziellen Verschränkung erscheint es geboten, konzentrierte Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der öffentlichen Haushalte in unserem Land zu ergreifen. Daher hat die Landesregierung im Jahr 2015 das Kommunalpaket Saar für die Jahre 2015 bis 2024 beschlossen.

Als Grundlage für das Kommunalpaket Saar bekennt sich das Saarland zu den Ergebnissen des Junkernheinrich-Gutachtens und den darin enthaltenen Vorschlägen zur Schließung der strukturellen Haushaltslücke im Rahmen eines dynamisierten Modells, um die Haushalte der finanzschwachen saarländischen Kommunen zu konsolidieren und gleichzeitig durch gezielte Investitionen die Zukunftsfähigkeit und Eigenständigkeit des Saarlandes in seiner Gesamtheit zu sichern.

Das Saarland gewährt zu diesem Zweck eigene Finanzmittel und leitet Unterstützungsleistungen des Bundes an die Kommunen weiter. Auf der anderen Seite werden von den Kommunen die darüber hinaus erforderlichen eigenen Anstrengungen erwartet, damit die Haushaltslücke in Höhe von 160 Mio. Euro geschlossen werden kann.

Nachhaltigkeitsindikatoren

- Finanzierungssaldo des Landes/ struktureller Finanzierungssaldo
- Nettokreditaufnahme des Landeshaushaltes
- Kreditfinanzierungsquote des Landeshaushaltes
- Schuldenstandsquote/ Nachhaltige Rückführung der Schuldenstandsquote ab 2020
- Personalausstattung im Ländervergleich
- Relation infrastrukturbezogene/ konsumtive Ausgaben



Handlungsfeld 3: Demografie und nachhaltige Siedlungsentwicklung

Der Begriff „Demografischer Wandel“ bezeichnet üblicherweise die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung in Ländern, in denen die Lebenserwartung sehr hoch ist und weiter steigt und die eine niedrige Geburtenrate haben. Die Auswirkungen des demografischen Wandels führen zu erheblichen Veränderungen auf unterschiedlichen Gebieten. Für das Saarland lassen sich die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur auf die knappe Formel bringen: Wir werden älter, wir werden weniger und wir haben weniger Kinder. Überlagert wird diese Entwicklung aktuell durch einen verstärkten Zuzug von Menschen aus dem Ausland bedingt durch Flucht und Vertreibung. Im Saarland hat der demografische Wandel bereits früh eingesetzt, so dass seine Auswirkungen schon deutlich spürbar sind. Wichtig ist die Feststellung, dass der Bevölkerungsrückgang nicht gleichmäßig erfolgt, sondern die ländlichen Regionen häufig stärker betroffen sind als der städtische Verdichtungsraum. Das wiederum hat Folgen für die Siedlungsentwicklung insbesondere in den ländlichen Regionen.

Als wichtiges Element der Nachhaltigkeit wird die Generationengerechtigkeit durch den demografischen Wandel stark beeinflusst. Die Herausforderung des demografischen Wandels als Chance zu gestalten, erfordert die Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft ebenso wie den Einsatz aller Bürgerinnen und Bürger. Demografie und Siedlungsentwicklung bilden einen Schwerpunkt in der saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie und sind sehr eng mit Ziel 3 „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ sowie mit Ziel 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“ der globalen SDGs verbunden. Weitere SDGs werden tangiert, so zum Beispiel Ziel 1 „Armut in jeder

Form und überall beenden“, Ziel 5 „Geschlechtergerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Frauen und Mädchen erreichen“ und Ziel 9 „Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen“.

Ausgangslage im Saarland

Bereits im Jahr 2008 wurde der erste Demografiebericht des Saarlandes mit dem richtungsweisenden Titel „Den demografischen Wandel gestalten“ veröffentlicht. Der Demografiebericht zeigt die Fakten auf und verdeutlicht, dass fast alle Politikfelder dazu beitragen können und müssen, die Herausforderungen des demografischen Wandels aufzunehmen. Seitdem ist viel passiert: Im Vordergrund stehen dabei Programme für eine bessere wohnortnahe Versorgung, Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgung und Unterstützung älterer, insbesondere erkrankter oder immobiler Menschen auch unter Einbeziehung ihrer sorgenden Angehörigen, zur Stärkung von Familien und zur Förderung junger Menschen. Auch die Chancen, die sich aus der anzustrebenden Integration der Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Förderung von Menschen mit Behinderung ergeben, werden genutzt. In diesem Zusammenhang liefert der erste Saarländische Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2015 wichtige und detaillierte Informationen über die Lebensbedingungen der Menschen im Saarland. Dabei bilden die Lebenslage Älterer und diejenige von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Schwerpunkte der Berichterstattung. Für eine aktive Gesellschaftspolitik ist eine umfassende und differenzierte Datenbasis eine zentrale Voraussetzung. Der Bericht zeigt Handlungsfelder auf, wie Armut in Zukunft verhindert werden kann.

Im Bereich der Siedlungsentwicklung sind sowohl die ländlichen Regionen als auch die Städte mit ihren spezifischen Anforderungen zu betrachten. Der gültige Landesentwicklungsplan (LEP), Teilabschnitt „Siedlung“ vom 04.07.2006 trifft eine Festlegung von Zentralen Orten unterschiedlicher Stufe, von raumordnerischen Siedlungsachsen, von Raumkategorien, von Zielen und Grundsätzen für die Wohnsiedlungstätigkeit, von Zielgrößen für den Wohnungsbedarf und von Zielen und Grundsätzen für die Ansiedlung, Erweiterung und Änderung von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen. Der LEP, Teilabschnitt „Siedlung“ trägt damit dazu bei, den Flächenverbrauch auf geeignete Flächen zu lenken (Zentrale Orte), durch Verknappung neuer Baumöglichkeiten außerhalb des Siedlungsbestandes den Siedlungsdruck auf erschlossene, bislang nicht bebaute Baulücken zu erhöhen und damit weitere

Inanspruchnahmen des unberührten Freiraums zu minimieren (nach Zentralörtlichkeit gestaffelte Wohnungsbedarfszielgrößen sowie Baulückenanzahlrechnung). Die festgelegten Mindestsiedlungsdichten mit ihrer Zielsetzung kompakter städtebaulicher Strukturen tragen zu einer Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und damit zu einer nachhaltigen Raumentwicklung bei.

Der LEP Teilabschnitt „Siedlung“ und der LEP, Teilabschnitt „Umwelt“ vom 13.07.2004 werden derzeit als Landesentwicklungsplan Saarland neu aufgestellt. Besondere Herausforderungen sind dabei der demografische Wandel und Veränderungen in der Siedlungsentwicklung. Die weitere Siedlungsflächenentwicklung wird von einer mengenmäßig schrumpfenden und altersstrukturell sowie sozio-kulturell veränderten Bevölkerung geprägt sein. Die Erreichung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung der ländlichen Wirtschaft und der ländlichen Gemeinschaften, einschließlich der Schaffung und des Erhalts von Arbeitsplätzen, stehen auch im Zentrum des Saarländischen Entwicklungsplans für den ländlichen Raum (SEPL) 2014-2020 (gemäß ELER-Verordnung, Juni 2014). Insbesondere über die vier inzwischen etablierten LEADER-Regionen, die sich aus dem ELER finanzieren, werden unter Einbeziehung lokaler Akteure und Strategien jeweils an die Regionen angepasste nachhaltige Impulse zur Entwicklung des ländlichen Raumes gesetzt. Die Förderung des Biosphärenreservats Bliesgau sowie die Einrichtung des grenzüberschreitenden Nationalparks Hochwald-Hunsrück zeigen zudem weitere Perspektiven für eine zukunftsfähige Entwicklung im ländlichen Raum auf. Ein Schlüssel für eine zukunftsgerichtete Regionalentwicklung ist darüber hinaus der Breitbandausbau, der durch die Landesregierung vorangetrieben und landesweit schnelle Internetzugänge sichern wird. Damit werden Voraussetzungen geschaffen, die Potenziale der Digitalisierung auch im ländlichen Raum zu nutzen, zum Beispiel durch telemedizinische Angebote, die die oftmals aufwändigen Fahrten von Patienten zum Arzt oder ins Krankenhaus reduzieren können.

Ziele

Die in Ziel 3 für eine „gute Gesundheitsversorgung“ sowie in Ziel 11 für inklusive, sichere, widerstandsfähige und nachhaltige Städte und Siedlungen der SDGs genannten Aspekte sind für die Demografie- und Siedlungspolitik der Landesregierung

grundlegend. Das Saarland soll lebenswert für alle Generationen sein und bleiben. Diese Ziele müssen auch auf regionaler Ebene durch Landkreise, Städte und Gemeinden verfolgt und kooperativ weiterentwickelt werden.



Nachhaltigkeitsziele für das Saarland im Handlungsfeld 3 sind:

1. Erhalt der Lebensqualität für alle Generationen und Förderung sowie Unterstützung altersgerechter Versorgungsstrukturen in allen Bereichen.
2. Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen für junge Menschen und Familien
3. Förderung und Unterstützung der Anpassung von Rahmenbedingungen im beruflichen und gesellschaftlichen Umfeld an die Bedürfnisse der Familien, Alleinerziehenden und Pflegenden
4. Förderung und Unterstützung des „Miteinander und Füreinander“ sowohl innerhalb als auch zwischen den Generationen
5. Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund
6. Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderung
7. Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen landwirtschaftlichen Betriebe
8. Erhalt der Entwicklungspotentiale und stabiler Siedlungsstrukturen im ländlichen Raum

Maßnahmen und Projekte der Landesregierung

Die Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels, verbunden mit einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung, erfordert zum einen die Zusammenarbeit der Landesregierung mit allen

kommunalen Ebenen und zum anderen das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure sowie der Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes.

Senioren

Seniorenlotsen

Ältere Menschen dürfen nicht von gesellschaftlicher Teilhabe und von Weiterentwicklungen ausgegrenzt werden. Ziel des **Modellprojekts „Seniorenlotsen“** ist, dass die gesamtgesellschaftliche und aktive Einbindung der Potenziale älterer Menschen in der Form der Beachtung ihrer Fähigkeiten – ebenso auch in der Form der Berücksichtigung ihres individuellen Hilfebedarfs – bereits im Vorfeld von Pflege im Rahmen der Möglichkeiten und Bedingungen des jeweiligen Lebensumfelds gezielt gefördert wird. So soll langfristig erreicht werden, dass für ältere Menschen

eine sowohl präventions- als auch interventionsgeeignete Hilfe-Mix-Maßnahme flächendeckend, vernetzt und wohnortnah im Land zur Verfügung steht. Auf Ebene der Landkreise bzw. des Regionalverbandes sollen hauptamtliche Seniorenlotsen bestehende Strukturen unterstützen. Die Arbeit dieser hauptamtlichen Seniorenlotsen soll unter Einbindung ehrenamtlicher Helfer ausgefüllt werden. Die ehrenamtlich tätigen Seniorenlotsen befördern als Multiplikatoren die flächendeckende Verankerung des Angebots vor Ort in den Städten und Gemeinden.

Im Zentrum stehen hierbei unter anderem:

- die Stärkung von Teilhabe und Mitwirkung älterer Menschen an der Gesellschaft,
- der Erhalt und die Förderung der Selbständigkeit der älteren Menschen,
- die Nutzung von Erfahrungen, Kenntnissen und Fähigkeiten älterer Menschen,
- die Vermeidung von Vereinsamung, Verwahrlosung und emotionaler Verarmung.

Im Rahmen des Projektes der **Senioren-sicherheitsberaterinnen und -berater im Saarland (SSB)** leisten Ehrenamtliche einen engagierten Beitrag zur Förderung der Sicherheit von Älteren. Derzeit sind landesweit 151 SSB in 47 saarländischen Kommunen im Einsatz. In den letzten beiden Jahren wurden 42 Ehrenamtliche zu SSB ausgebildet und zertifiziert. Weitere Qualifizierungsangebote sind geplant.

Virtuelle Mehrgenerationenhäuser

Ein Pilotprojekt des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familien (MSGFF) gemeinsam mit der Landesmedienanstalt Saarland und dem Verein MedienNetzwerk SaarLorLux zielt auf die Schaffung einer weiteren Möglichkeit für den Dialog

innerhalb der und zwischen den Generationen ab. Mit diesem Projekt soll der persönliche Begegnungsraum der Menschen vor Ort mit interaktiven Kommunikationsmöglichkeiten durch das Internet erweitert werden.

Insbesondere mit Blick auf die älteren Mitbürger können sich durch die Möglichkeit barrierefreier digitaler Kommunikation weitreichende Chancen zum Aufbau und Erhalt von Freundes- und Kommunikationsnetzwerken ergeben.

Das Pilotprojekt wird zunächst in vier Kommunen bis zum 31.12.2017 modellhaft erprobt: In der Kreisstadt Merzig, im Landkreis Neunkirchen, in der Stadt Püttlingen sowie der Gemeinde Tholey.

Weitere Projekte und Maßnahmen, die den Senioren im Saarland zu Gute kommen, sind u.a.:

- die Landesseniorenplanung
- der Erste Saarländische Demenzplan
- die Präventions- und Netzwerkkampagne „Das Saarland lebt gesund“
- die Pflege-App
- die qualifizierte und flächendeckende Beratung durch Pflegestützpunkte
- der Einsatz eines/einer Landespflegebeauftragten

Familien

Landessiegel „Familienfreundliche Kommune“

Zur Steigerung der Attraktivität von Kommunen ist Familien- und Generationenfreundlichkeit ein wesentlicher, auf Zukunft gerichteter Standort- und Wettbewerbsfaktor. Es bedarf einer Infrastruktur, die Familien dabei unterstützt, die Verantwortung und die Sorge füreinander tragen zu können. Mit der Entwicklung des Landessiegels „Familienfreundliche

Kommune“ soll das Engagement der Städte und Gemeinden fortentwickelt, ausgebaut und gewürdigt werden. Ziel ist es, das Bewusstsein für die Anliegen von Familien vor Ort zu stärken und Kommunen im Bestreben zu stützen, das örtliche Lebensumfeld an die Bedürfnisse jüngerer und älterer Generationen anzupassen.

Familienfreundliches Saarland 4.0

Das Verhältnis zwischen dem Privatleben und dem beruflichen Bereich ist komplizierter geworden und vor allem für Frauen im Vergleich zu früher weniger vorgezeichnet. Lebensmodelle, die das Bestreben beider Partner, erwerbstätig zu sein, gefährden könnten, sind daher unattraktiv. Mehr Zeit für Familien ist eine Zielsetzung der Landesregierung, die zwei Blickrichtungen beinhaltet: Mit Blick auf die Arbeitswelt sollen alternative Karrierepfade, die mehr Raum für private Belange lassen, etabliert werden. Mit Blick auf die allgemeine Lebenswelt steht ein intensives Werben für eine flexiblere lokale Zeitpolitik im

Zentrum: Öffnungszeiten von Behörden, Einrichtungen, Betreuungsträgern, aber auch von Sport- und Spielstätten benötigen familienfreundliche, d. h. auf die Bedarfe der Familien und insbesondere der Alleinerziehenden angepasste Öffnungszeiten, die auch denjenigen Rechnung tragen, die im Schichtdienst arbeiten. Hierzu gehört ebenso, dass die Tagespflege ausgebaut wird, wobei insbesondere die Notfall- und Randzeitbetreuung in den Blick genommen wird. Großtagespflegestellen und betriebsnahe (Verbund)-Lösungen sollen weiterentwickelt und gefördert werden.

Weitere Projekte und Maßnahmen der Landesregierung, die die Attraktivität des Saarlandes für Familien erhöhen, sind u.a.:

- „Frühe Hilfen“ / „Frühe Hilfen Plus“
- Informationsbroschüre „Der Familienhelfer“ und darauf aufbauend ab 2017 ein Familienportal im Internet und eine Familien-App
- Einrichtung der Service- und Kompetenzstelle Familie (Servicestelle Familie)
- Lokale Bündnisse für Familie
- Ideenwettbewerb 2015 „Unser Saarland – unsere Zukunft – unsere Familien“
- Entwicklung sowie Förderung und Unterstützung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf
- Saarländische Familienkongresse
- Familien- und Inklusionsfeste
- Entsprechende Präventions- und Netzwerkkampagnen

Gesundheit

Krankenhausplan Saarland

Der Krankenhausplan 2011-2015, dessen Geltungsdauer bis zum 31.12.2017 verlängert wurde, verfolgt in frühzeitiger Reaktion auf die Veränderungen in unserer Gesellschaft entsprechende Ziele und legt Grundlagen für eine zwar bereits absehbare, aber erst in einigen Jahren sichtbar werdende Strukturveränderung fest. Im Zentrum steht die Sicherstellung einer wohnortnahen, qualitativ hochwertigen und dem tatsächlichen Bedarf angepassten Gesundheitsversorgung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung. Aktuell wurden dabei die Geriatrie- und die Gerontopsychiatrieplanung fortgeschrieben, denn die Versorgung der älteren Menschen mit Krankenhausangeboten darf nicht bei den somatischen Erkrankungen und damit der geriatrischen Versorgung halt machen, sondern muss auch die besonderen Versorgungsanforderungen der älteren Menschen mit psychischen Erkrankungen in den Blick nehmen. Die nächsten Schritte betreffen

die notwendigen Vorbereitungen für den nächsten Krankenhausplan 2018 – 2025.

Die Landesregierung bereitet die strukturelle Weiterentwicklung in der Krankenhauslandschaft vor. Krankenhausträger müssen Mut zur Veränderung und vor allem zur Kooperation zeigen. Bis zum Jahr 2025 soll es Zentralisierung und Konzentrationen von Zentren sowie Fachabteilungen geben. Eine stärkere Berücksichtigung der Qualität, eine Erhöhung der Effizienz, eine an der demografischen Entwicklung ausgerichtete Versorgungsstruktur und eine trägerübergreifende Kooperation und Zusammenarbeit sind der Schlüssel für eine gute Krankenversorgung in der Zukunft. Daran wird sich die Krankenhausplanung und Krankenhausinvestitionsfinanzierung ausrichten, um weiterhin für die Bevölkerung eine hohe Qualität in der Krankenhausversorgung gewährleisten zu können.

Weitere Maßnahmen und Projekte zur Gesundheitsvorsorge im Saarland sind u.a.:

- Familiengesundheits- und Präventionskampagne „Das Saarland lebt gesund“
- 3. Bericht zur gesundheitlichen Versorgung von Einschulkindern im Saarland
- Runder Tisch für Kindergesundheit
- „Hart am Limit“ kurz „HaLT“ - ein Beratungs-, Informations- und Präventionsprojekt für Jugendliche
- „Allianz für Demenz-Netzwerk Saar“ sowie die Demenzprojekte „Dem-i-K“ und „Dem-i-K plus“

Menschen mit Behinderung

AAL - für ein barrierefreies Leben/ AAL-Netzwerk

AAL steht für „Ambient Assisted Living“. Der Begriff umfasst alles, was Menschen den Alltag einfacher, sicherer und angenehmer gestaltet. Im Deutschen kann AAL sinngemäß mit „Alltagsunterstützende Assistenz-Lösungen“ übersetzt werden. Die Möglichkeiten reichen dabei vom Schutz der Wohnung und von der Steuerung der Gebäudetechnik („Smart Home“) über Hilfe im Haushalt und Serviceleistungen im Alter bis zur Rettung im Notfall. Das AAL-Netzwerk Saar dient als Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Thema „generationsgerechtes und selbstbestimmtes Leben“. Durch die Vernetzung von Dienstleistern, Produktanbietern und Privathaushalten ist es möglich, Lösungen in die bestehenden Versorgungsstrukturen des saarländischen Sozial- und Gesundheitswesens zu integrieren, aber auch neue Versorgungsstrukturen zu schaffen und nachhaltig zu unterstützen.

Der Grundstein für das AAL-Netzwerk Saar ist 2014 gelegt worden. Auf Einladung des Initiators Prof. Dr. Langguth von der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes (HTW) trafen sich im Mai 2014 über 300 Interessenten für die Gründungsveranstaltung des AAL-Netzwerks Saar. Partner sind das MSGFF, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, die Handwerkskammer, das ISO-Institut, der Sozialverband VdK Saarland, das Institut für Gesundheitsforschung und -technologie und die HTW.

Dieses Netzwerk, dem aktuell mehr als 120 institutionelle Partner angehören, dient als Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Thema generationsgerechtes und selbstbestimmtes Leben. Dieses Netzwerk stellt ein Beispiel für das Implementieren intelligenter Nutzungen digitaler Möglichkeiten dar und verfolgt das Ziel, nachhaltige Lösungen zu etablieren.

Weitere Maßnahmen zur Integration und Förderung von Menschen mit Behinderung

Vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention und des 2016 in Kraft getretenen Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes (BGG) wird die Landesregierung das Landesbehindertengleichstellungsgesetz (LBGG) überarbeiten. „Teilhabe gemeinsam leben“ – dieses Motto wird im Saarland aktiv gestaltet. Menschen mit und ohne Behinderung leben hier gemeinsam – getragen von Respekt, Wertschätzung und Rücksicht aufeinander. „Nicht ohne uns über uns“ – dieser bewährte Leitsatz wird im Saarland schon vielerorts praktiziert.

In einem Zehn-Punkte-Plan hat die Landesregierung im Jahr 2015 die entsprechenden Initiativen und Projekte dargestellt:

- Frühe Hilfen für behinderte Kinder und deren Eltern

- Modellprojekt „Helferpool in Schulen“
- Integrationshilfen beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf
- Initiative Inklusion – Ausbildungsplätze für schwerbehinderte junge Menschen
- Förderung zur behindertengerechten Anpassung vorhandenen Wohnraums
- Innovative, behindertengerechte Verwaltung – Modellprojekt Schweb.NET
- Förderung von Integrationsbetrieben und Werkstätten für behinderte Menschen

Nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums

Die Herausforderungen, die sich an den ländlichen Raum stellen, sind vielfältig:

- Strukturwandel in Landwirtschaft, Handwerk, Gewerbe und Wirtschaft
- der demografische Wandel mit seinen Komponenten Geburtenrückgang, Alterung und Migration
- gesellschaftlicher Wertewandel
- sich verändernde finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen der Kommunen
- Klimawandel und Bedarf an neuen Energien

Von diesen aktuellen Veränderungen sind nahezu alle Lebensbereiche betroffen: Arbeiten, Wohnen, die öffentliche und private Versorgung, der kulturelle Bereich, das kirchliche und soziale Leben, das Vereinswesen etc.

Die Dorferneuerung dient im Rahmen der angestrebten ländlichen Entwicklung der nachhaltigen Verbesserung der Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Umweltverhältnisse auf dem Lande, insbesondere der agrarstrukturellen Verhältnisse und städtebaulich unbefriedigender Zustände. Durch die Dorferneuerung sollen die örtlichen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft verbessert, das Bewusstsein für die dörfliche Lebenskultur vertieft, die ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Potenziale der ländlichen Räume gestärkt, die Innenentwicklung der Dörfer gefördert sowie der eigenständige Charakter ländlicher Siedlungen und die Kulturlandschaft erhalten werden. Damit sollen die Dörfer auf künftige Erfordernisse vorbereitet werden. Die Dorferneuerung setzt dabei auf die aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger und die Stärkung der vorhandenen Potenziale.

Im Rahmen des Saarländischen Entwicklungsplans für den ländlichen Raum 2014-2020 (SEPL 2014-2020) werden unter anderem auch die Dorferneuerung in ländlichen Gebieten, der Breitbandausbau (Lückenschluss in der Internetgrundversorgung ländlicher Gebiete) sowie die Stärkung ländlicher Regionen über regionale Entwicklungskonzepte nach dem bottom-up-Ansatz (LEADER) gefördert. Der SEPL 2014-2020 wurde zu Beginn des Jahres 2016 unter dem Stichwort „Förderung der sozialen Inklusion, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten“ angepasst, um nicht nur die dörfliche Infrastruktur finanziell fördern zu können, sondern auch die Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum zu unterstützen. Hierbei geht es insbesondere um die Weichenstellung für mittel- und langfristige Hilfen. Das Thema Flüchtlinge geht das ganze Saarland

an, es betrifft nicht nur die Ballungsräume. Gerade im ländlichen Raum ist die Hilfsbereitschaft sehr groß, das Engagement vieler Vereine und Ehrenamtlicher spricht für sich. Diese Hilfsbereitschaft macht die Stärke des ländlichen Raumes gerade im

Saarland aus. Die geplante Förderung dient weniger der schnellen Wohnraumbeschaffung; vielmehr soll in die dörfliche Infrastruktur, die von allen genutzt werden kann, investiert und das dörfliche Gemeinschaftsleben insgesamt gestärkt werden.

Weitere Beispiele zur Förderung des ländlichen Raums im Saarland sind im Folgenden kurz beschrieben und stehen stellvertretend für viele regionale Initiativen, die vom Land, aber auch von den kommunalen Ebenen, initiiert und gefördert werden:

- Herrichten von Begegnungsstätten zur öffentlichen Nutzung samt der erforderlichen Ausstattung in bestehender Bausubstanz sowie geringfügige Anbaumaßnahmen zur Ermöglichung der vorgesehenen Nutzung.
- Umwandlung vorhandener Gebäude in multifunktionale, örtliche Dienstleistungszentren zur räumlichen, organisatorischen und personellen Bündelung von Angeboten und Dienstleistungen (Bürgerbüro, Gesundheitsleistungen, Geldinstitut, Post, Toto-Lotto, Dorfladen, Gemeindebibliothek, Seminarräume für Bildungsangebote etc.).
- Weiterentwicklung des Biosphärenreservats Bliesgau. Biosphärenreservate sind Modellregionen, in denen das Zusammenleben von Mensch und Natur beispielhaft entwickelt und erprobt wird. Sie schützen Kulturlandschaften vor zerstörenden Eingriffen und erhalten und entwickeln wertvolle Lebensräume für Mensch und Natur. Sie sorgen für ein ausgewogenes Verhältnis von menschlicher Nutzung und natürlichen Kreisläufen und tragen damit zur regionalen Wertschöpfung bei. Biosphärenreservate ermöglichen exemplarische Erkenntnisse für Forschung und Wissenschaft über die Wechselwirkungen von natürlichen und gesellschaftlichen Prozessen. Das Biosphärenreservat Bliesgau wurde im Jahr 2009 von der Weltorganisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) anerkannt und ist damit eines von derzeit 15 UNESCO-Biosphärenreservaten in Deutschland. Zur weiteren Konkretisierung der Ziele des Biosphärenreservates und als Planungsgrundlage wurde im Jahr 2016 ein Rahmenkonzept erstellt.

Nachhaltigkeitsindikatoren

- Einwohnerentwicklung (gesamt und regional)
- Altenquotient
- Vorzeitige Sterblichkeit (Todesfälle pro 100.000 Einwohner unter 65 Jahren)
- Erwerbstätigenquote bei Älteren (von 55 Jahren bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter), insbesondere von älteren Frauen
- Armutsrisikoquoten
- Anteil ambulant versorgter pflegebedürftiger Menschen
- Internetbandbreite



Handlungsfeld 4: Klima- und Ressourcenschutz

Der Schutz des Klimas und der nachhaltige Umgang mit den Ressourcen der Erde sind tragende Elemente einer wirksamen Nachhaltigkeitsstrategie.

Der Begriff Klimaschutz umfasst alle Maßnahmen, um der vom Mensch verursachten Erderwärmung entgegen zu wirken. Die Erderwärmung ist maßgeblich auf die Emission von Treibhausgasen (THG) zurückzuführen, deren Hauptquellen dabei fast ausschließlich in den industriell hochentwickelten Ländern und den großen Schwellenländern zu finden sind. Aus dem aktuellen Sachstandsbericht des Weltklimarates IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) geht deutlich die signifikante Klimaveränderung seit Beginn der Industrialisierung hervor. Das aus der UN-Klimakonferenz vom 15. Dezember 2015 resultierende Übereinkommen von Paris ist eine Vereinbarung der 195 Mitgliedsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) und zielt vor allem darauf ab, dass

Dem Ressourcenschutz kommt in der Nachhaltigkeitsstrategie ein hoher Stellenwert zu. Auf der Erkenntnis basierend, dass Ressourcen endlich und in vielfacher Weise unsere natürliche Lebensgrundlage sind, muss die Nutzung bzw. Inanspruchnahme von Rohstoffen, Boden, Luft und Wasser mit größter Sorgfalt erfolgen.

„der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, da erkannt wurde, dass dies die Risiken und Auswirkungen der Klimaänderungen erheblich verringern würde“

Zitat, Übereinkommen von Paris, Artikel 2a

Somit ist es notwendig, dass die Industriestaaten ihre THG-Emissionen bis 2020 um 25-40 Prozent zum Basisjahr 1990 verringern.

Ausgangslage im Saarland

Das Saarland gehört mit Bremen und Brandenburg zu den Ländern mit einem hohen CO₂-Ausstoß pro Kopf. Dies erklärt sich durch die große Bedeutung der Energiewirtschaft und der Stahlindustrie im Saarland. Daher stellt das Ziel, die Treibhausgase deutlich zu vermindern, eine besondere Herausforderung für das Saarland dar.

Das Saarland fördert, mit Unterstützung durch die EFRE-Programme (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) der Europäischen Union, Maßnahmen zur Energieeffizienz, des intelligenten Energiemanagements und zur Nutzung erneuerbarer Energien in der öffentlichen Infrastruktur, einschließlich öffentlicher Gebäude. Nach den Richtlinien des Zukunftsenergieprogramms kommunal (ZEP kommunal) schafft das Saarland mit den Kommunen eine Vorreiter- und Vorbildfunktion für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Wärmedämmmaßnahmen im Gebäudebestand, thermische Solarkollektoranlagen oder Energiekonzepte und Machbarkeitsstudien können bezuschusst werden.

Um die Energiewende voranzutreiben, wurde vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (MWAEV) in Kooperation mit den saarländischen Energieversorgern die „Energieberatung Saar“ ins Leben gerufen. Hier wird mit Know-how und technischen Lösungen den Privathaushalten, Unternehmen und Kommunen beratend zur Seite gestanden.

Eine der wichtigsten CO₂-Senken und -speicher sind intakte Wälder. Sie sind in besonderer Weise schützenswert. Das Saarland hat einen Waldanteil von mehr als 36 % (rd. 93.000 ha) und gehört somit zu den walddreicheren Bundesländern. Der Anteil des Staatswaldes ist mit 38.282 Hektar und mit 41 % an der Gesamtwaldfläche im bundesweiten Vergleich am höchsten. Bezogen auf den Gesamtwald, haben die Laubbäume einen Anteil von 72 %. Die Baumart Buche hat mit 23 % den höchsten Anteil. Das Saarland hat sich mit Themen wie Naturnahe Waldwirtschaft und Privatwaldberatung auf den Weg gemacht, ein Bewusstsein für diese oftmals verkannte Ressource zu schaffen. Die Naturnahe Waldwirtschaft ist bestrebt, eine angepasste und standortgerechte Zusammensetzung der Baumarten

weitgehend ohne künstliche Aufforstung voranzutreiben. Diese Ziele werden auch durch die Privatwaldberatung unterstützt.

Der Schutz und die schonende Nutzung bzw. Bewirtschaftung der natürlichen Lebensgrundlagen und Ressourcen besitzt nicht nur im saarländischen Wald, sondern auch in der Landwirtschaft eine große Bedeutung. Ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Elementen Boden, Wasser und Luft, aber auch mit unseren Mitgeschöpfen, führt zu einer Steigerung der Artenvielfalt im Saarland.

Der gültige LEP, Teilabschnitt „Umwelt (Vorsorge für Flächennutzung, Umweltschutz und Infrastruktur)“ vom 13.07.2004 trifft eine Flächenvorsorge für bestimmte Schutzgüter (Naturschutz, Freiraumschutz, Grundwasserschutz und Hochwasserschutz), für besondere Nutzungen (Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, Windenergie und Landwirtschaft) und für die räumliche Verteilung der Verkehrsinfrastruktur (Straße, Schiene und Wasserstraße). Durch die Festlegung von „Tabuflächen“ für die Siedlungsentwicklung (natur- und freiraumrelevante Vorranggebietsfestlegungen) einerseits sowie von Fokusflächen (Vorranggebiete für Gewerbe, Industrie und Dienstleistungen sowie Trassenbereiche für Straße, Schiene und Wasserstraße) andererseits trägt der LEP, Teilabschnitt „Umwelt“ dazu bei, eine weitere Inanspruchnahme bislang unberührter Freiräume zu verhindern und die Siedlungsflächenentwicklung auf geeignete Flächen zu lenken. Der LEP, Teilabschnitt „Umwelt“ leistet somit wie der LEP, Teilabschnitt „Siedlung“ einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung, indem er die sozialen und ökonomischen Raumansprüche mit den ökologischen Erfordernissen in Einklang bringt.

Bei der Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans Saarland wird u. a. das Themenfeld Klima- und Ressourcenschutz grundlegend überarbeitet. Dabei werden auch die Möglichkeiten für eine räumliche Vorsorge für Maßnahmen des Klimaschutzes als auch für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel geprüft. Auch die Ziele betreffend den Naturschutz werden unter Berücksichtigung des Landschaftsprogramms Saarland und der Biodiversitätsschutzkonzeption auf eine neue Basis gestellt.

Ziele

Der Bereich Klima- und Ressourcenschutz ist in einer Vielzahl der aus der Agenda 2030 resultierenden 17 SDGs fest verankert. Ziel 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ verdeutlicht, dass Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen stärker einbezogen werden müssen. Die saarländische Nachhaltigkeitsstrategie ist somit ein wichtiger Baustein, um den an die Nationen adressierten Zielen gerecht zu werden.

Der Ausbau des Anteils der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bis 2020 auf 20 Prozent oder die Absicherung und Modernisierung saarländischer Bestandskraftwerke orientieren sich ebenfalls stark an den Zielen der Agenda 2030. So ist das 7. Ziel „Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und zeitgemäßer Energie für alle sichern“ hierbei eine gute Leitlinie. Die herausragende Rolle der Speichertechnologien für die Energiewende hat die Landesregierung im Oktober 2015 durch Auflage eines Förderprogramms unterstrichen, das auf starken Anklang stieß und mittlerweile ausgeschöpft ist. Als „Land der kurzen Wege“ bietet das Saarland außerdem die optimalen Voraussetzungen für eine intelligente und dezentralisierte Stromversorgung. Der Innovationsstandort bietet der Landesinitiative Energieinnovation Saar (LIESA) die ideale Grundlage

für die Etablierung einer nachhaltigen Energieversorgung. Die Landesregierung stellt den organisatorischen Rahmen zu Verfügung, um die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Akteuren aus Wissenschaft, Industrie, Handwerk, IT-Branche und Energiewirtschaft zu fördern.

Ebenso wichtige Bereiche, welche sich aus der Agenda 2030 widerspiegeln, sind Naturschutz, Landnutzung und Schutz der natürlichen Ressourcen. Aufgegriffen werden diese in den Zielen 6 „Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten“, 15 „Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation stoppen und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen“, 2 „den Hunger beenden, Ernährungssicherheit sowie eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern“ und 12 „Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen“. Somit tangiert Klima- und Ressourcenschutz auch die Ziele 16 „Frieden und Gerechtigkeit“ und 17 „Partnerschaften, um die Ziele zu erreichen“. Alle Vorhaben setzen einen fortlaufenden sich weiterentwickelnden Prozess voraus.



Nachhaltigkeitsziele für das Saarland im Handlungsfeld 4 sind:

1. Entlastung der globalen Erwärmung durch Reduktion der Treibhausgasemissionen
2. Ausbau Erneuerbarer Energien auf 20 Prozent Anteil am Stromverbrauch bis 2020
3. Dezentrale und intelligente Umsetzung der Energiewende
4. Schutz der Artenvielfalt und Ökosysteme
5. Stärkung des ökologischen Landbaus und Erhaltung des gentechnikfreien Anbaus in der Landwirtschaft
6. Stärkung der Ökosysteme Boden und Wasser

Maßnahmen und Projekte der Landesregierung

Klimaschutz und Energiewende

LIESA und IZES

Die von der Landesregierung unterstützte Landesinitiative Energieinnovation Saar (LIESA) ist ein technik- und innovationsgetriebener Zusammenschluss von Experten aus Forschung, Energiewirtschaft, Industrie und Handwerk mit dem Ziel, die Energiewende auf regionaler Ebene im Saarland dezentral und intelligent umzusetzen. Hier werden Mess- und Regeltechnik, IKT-Anwendungen, Flexibilitätsoptionen und Speichermöglichkeiten zu Gesamtlösungen verbunden, die die Energiewende vorantreiben. Auf eine konkrete LIESA-Initiative ging insbesondere die erfolgreiche Bewerbung im Bundesförderprogramm „Schaufenster Intelligente Energie – digitale Agenda für die Energiewende“, kurz SINTEG, zurück: Im

Konsortialverbund „Designetz“ investieren in den nächsten drei Jahren 47 Unternehmen aus NRW, Rheinland-Pfalz und dem Saarland ein Volumen von 80 Millionen Euro in Demonstratoren und IKT-Maßnahmen für stabile, intelligente und zukunftsfähige Energienetze.

Das vom Land geförderte Institut für ZukunftsEnergieSysteme GmbH (IZES) leistet durch anwendungsnahe Forschung und Entwicklung sowie die Initiierung, Konzeption und Umsetzung von innovativen Maßnahmen zur rationellen Energienutzung und zur Anwendung erneuerbarer Energien ebenfalls einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz.

Stromspar-Check PLUS

Nachhaltig wirkt auch das aus Landes- und Bundesmitteln finanzierte Programm „Stromspar-Check PLUS“. Es richtet sich mit einer ausführlichen Energiesparberatung und der kostenfreien Installation von Energiesparartikeln speziell an einkommensschwache Haushalte. Rund 1000 Stromspar-Checks

in 2014 und 2015 mit typischen Stromeinsparpotenzialen von 400 bis 700 kWh jährlich und eingesparten Kosten für Wärme und Strom zusammen von bis zu 250 Euro je Haushalt und Jahr oder fast eine halbe Tonne CO₂-Ersparnis stehen für den Erfolg des Programms, das deshalb fortgesetzt wird.

Schutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen

Zertifizierung des Staatswaldes, Urwald vor den Toren der Stadt

Der saarländische Staatswald verfügt über eine Fläche von über 38.000 Hektar. Im Rahmen der Holzproduktion, die nach den Kriterien einer nachhaltigen naturnahen Waldwirtschaft erfolgt, werden jährlich ungefähr 210.000 Kubikmeter Rohholz für Industrie und Privatkunden bereitgestellt. Der SaarForst Landesbetrieb hat 3.800 Hektar seiner Fläche aus der Bewirtschaftung genommen und erfüllt damit bereits die Forderung der Biodiversitätskonvention der Bundesregierung: Verzicht der Bewirtschaftung auf 5% der gesamten Waldfläche. Seit dem Jahr 2000 ist der saarländische Staatswald nach dem international anerkannten FSC-System (Forest Stewardship Council) zertifiziert. Bei der Zertifizierung wird die Bewirtschaftung des Staatswaldes (und einiger Kommunalwälder) nach strengen Nachhaltigkeitskriterien überprüft. Seit dem Jahr 2003 ist die Waldbewirtschaftung im Saarland zusätzlich nach dem PEFC-Zertifizierungssystem (PEFC=Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) zertifiziert. Dabei werden die Waldbewirtschaftung und deren Nachhaltigkeit auf der Ebene der gesamten Region Saarland nach den international vereinbarten allgemeineren Kriterien des PEFC-Systems überprüft. Zudem wurde der SaarForst Landesbetrieb für seine nachhaltige und

multifunktionale Waldbewirtschaftung vom NABU Bundesverband ausgezeichnet.

Seit 1997 gibt es den „Urwald vor den Toren der Stadt“ als Naturschutzgebiet und grünes Herz des Saarkohlenwaldes. Seit dieser Zeit wird dort im „Urwald“ auf eine wirtschaftliche Nutzung des Rohstoffes Holz verzichtet. Dadurch kann sich die Natur in der ihr eigenen Weise entfalten.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger können an dieser natürlichen Entwicklung des Waldes teilhaben und die spannenden Entwicklungen mit verfolgen. Der „Urwald vor den Toren der Stadt“ wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert, weil es bundesweit das größte Wildnisgebiet in einer städtisch geprägten Landschaft ist.

Der Nationalpark Hunsrück-Hochwald als ein länderübergreifender Nationalpark mit einer Gesamtfläche von über 10.000 Hektar ist ein weiterer bedeutender Beitrag des Landes im Rahmen der gesamtstaatlichen Verantwortung für die Erhaltung und Förderung der Buchenwaldgesellschaften. Neben dem Ziel, die Natur Natur sein zu lassen, leistet der Nationalpark auch einen großen Beitrag zur Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Biodiversitätsstrategie

Das Saarland engagiert sich stark für den Erhalt der natürlichen Arten- und Lebensraumvielfalt. Es trägt damit auf kleiner Fläche in vergleichsweise großem Maße zur Umsetzung der weltweiten Biodiversitätskonvention bei. Durch naturnahe Waldbewirtschaftung wird seit vielen Jahren der behutsame Umbau von nichtheimischen Nadelbaumbeständen in heimische Laubmischwälder vorangetrieben. Vom Biosphärenreservat über NATURA 2000-Gebiete bis

hin zum Nationalpark sind mittlerweile bedeutende Schutzgebietsflächen im Saarland ausgewiesen. Zahlreiche Maßnahmen zum Gewässerschutz und die Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft sind eine gute Grundlage für biologische Vielfalt und Artenreichtum. Um Arten und Lebensräume auch für die Zukunft zu erhalten, erarbeitet das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz eine Biodiversitätsstrategie.

Wolfsmanagementplan

Die Ankunft des Wolfes rückt auch im Saarland in greifbare Nähe. In den nördlichen und östlichen Bundesländern hat sich *Canis lupus* bereits niedergelassen oder wird es in absehbarer Zeit tun. In den südlichen und westlichen Bundesländern wie Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern sind bislang wenige Nachweise belegt. Aus den nahegelegenen Vogesen sowie aus dem nördlichen Lothringen – unweit der saarländischen Grenze – sind die Rudeltiere seit

längerer Zeit nachgewiesen, womit ein Auftreten des Wolfes auch im Saarland immer absehbarer und wahrscheinlicher wird. Der Wolfsmanagementplan soll Handlungsabläufe regeln, Ansprechpartner benennen und Maßnahmen erläutern, die im Konflikt- oder Schadensfall ergriffen werden können. Die bekannten Risiken bezüglich des Wolfes bei der Haltung von Tieren oder der Ausübung der Jagd sollen aufgezeigt und minimiert werden.

Tierschutz

Das im Saarland eingeführte Tierschutzverbandsklagegesetz sieht unter anderem die Einführung und Etablierung einer/eines ehrenamtlichen Landesbeauftragten für Tierschutz vor.

Ihre/Seine Aufgaben sind unter anderem:

- Beratung der Landesregierung in allen Fragen des Tierschutzes, insbesondere bei Rechtsetzungsverfahren
- Beratung der Tierschutzbehörden, unter anderem im Falle von Beschwerden von Bürgern über Verstöße gegen das Tierschutzrecht
- Unterbreitung von Vorschlägen und Erarbeitung von Initiativen zur Verbesserung des Tierschutzes im Saarland
- Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sowie Tierschutzorganisationen

Mit dem mit rund 3.000 Euro dotierten Jugend-Tierschutzpreis soll der Einsatz von jungen Menschen für das weite Feld des Tierschutzes honoriert und die Öffentlichkeit für die vielfältigen Herausforderungen im Tierschutz sensibilisiert werden.

Landwirtschaft

Agrarumweltmaßnahmen

Im Rahmen der saarländischen Agrarumweltmaßnahmen 2015-2020 erhalten solche Landwirtschaftsbetriebe einen finanziellen Ausgleich, die nachweislich Bewirtschaftungspraktiken einführen oder beibehalten, die den Erfordernissen des

Schutzes der Umwelt und der natürlichen Ressourcen in besonderer Weise Rechnung tragen und über das gesetzlich vorgeschriebene Maß der „Guten fachlichen Praxis“ hinausgehen.

Durch bodenschonende Verfahren, extensive Landbewirtschaftung und den Verzicht auf synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel werden folgende Ziele angestrebt:

- Erhöhung der Artenvielfalt
- Reduzierung der Gefahr von Nährstoff- und Schadstoffausträgen mit dem Sickerwasser
- Reduzierung der partikelgebundenen Nährstoff- und Schadstoffausträge
- Minderung der Bodenerosion
- Verminderung von klimarelevanten Schadstoffemissionen

Rechtsgrundlage ist der „Saarländische Entwicklungsplan für den ländlichen Raum 2014-2020“ (SEPL 2014-2020), der die Inhalte der EU-Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 („ELER- Verordnung“) im Saarland in konkrete Fördermaßnahmen umsetzt. Um diese Ziele zu erreichen, wird einerseits die besonders umweltfreundliche Landbewirtschaftung im

gesamten Land unterstützt (ökologischer Landbau, extensive Grünlandbewirtschaftung), andererseits werden gezielte Maßnahmen in Problemregionen (Naturschutz- und Gewässerschutzmaßnahmen) angeboten. Sämtliche Maßnahmen verfolgen das Prinzip der Nachhaltigkeit und sind in der Regel auf einen fünfjährigen Verpflichtungszeitraum ausgelegt.

Ökologischer Landbau

Der ökologische Landbau ist eine besonders ressourcenschonende und umweltverträgliche Wirtschaftsform, die sich am Prinzip der Nachhaltigkeit orientiert. Ökologische Anbaumethoden fördern die Verbesserung der Boden- und Wasserqualität, unterstützen den Klimaschutz, die Anpassung an den Klimawandel sowie die Verbesserung der biologischen Vielfalt. Insbesondere der reduzierte Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatz tragen zum Boden- und Gewässerschutz bei; zudem werden der Stickstoff- und Nährstoffaustrag reduziert. Nur intakte Böden können dauerhaft Kohlendioxid binden und gleichzeitig stabile Erträge liefern. Dazu muss ein ausreichendes Porenvolumen für eine gute Aufnahmekapazität für Niederschlagswasser ebenso gegeben sein wie wirksamer Erosionsschutz und eine natürliche Versorgung mit pflanzenverfügbaren Nährstoffen. Hinsichtlich des Klimaschutzes wirken

ökologisch bewirtschaftete Flächen positiv aufgrund Humusaufbau und Kohlenstoffbindung. Mittelbare Beiträge zum Umwelt- und Klimaschutz entstehen durch kurze Transportwege, wenn die ökologischen Erzeugnisse in der Region verarbeitet bzw. vermarktet werden.

Das Saarland hat in den vergangenen Jahren bundesweit immer einen Spitzenplatz beim Anteil der Ökobetriebe eingenommen. Im Saarland bewirtschaften zwölf Prozent der erzeugenden Betriebe 16 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche nach den Kriterien des Ökologischen Landbaus. Zum Vergleich: Bundesweit sind es 8,2 Prozent der Betriebe und 6,5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche. Das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz fördert die ökologischen Betriebe im Rahmen der ELER-Förderung und die kostenlose Beratung der umstellungswilligen Landwirtschaftsbetriebe.

Wasser und Boden

Hochwasserschutz

Hierzu wurde ein Hochwasserrisikomanagementplan mit Maßnahmen zur Verringerung der nachteiligen Auswirkungen von Hochwasser initiiert. Schwerpunkte des Hochwasserrisikomanagements sind Vermeidung, Schutz und Vorsorge, einschließlich Hochwasservorhersage und -warnung.

Wasserqualität

Der in der Wasserrahmenrichtlinie angestrebte gute Zustand für Oberflächengewässer und Grundwasser soll anhand eines betrachtungsraumbezogenen Bewirtschaftungsplans im Saarland erreicht werden. Der Bewirtschaftungsplan umfasst eine allgemeine Beschreibung der Gewässer, Angaben zu den

Belastungen der Gewässer, zu Schutzgebieten, zu Überwachungsnetzen und zum Zustand der Gewässer. Darüber hinaus sind die in den einzelnen Gewässern zu erreichenden Ziele und die zur Zielerreichung erforderlichen Maßnahmen zusammenfassend dargestellt.

Boden als nachhaltig zu nutzende Ressource

Angesichts der langen Zeiträume, die für die seine Neubildung benötigt werden, stellt der Boden eine endliche und nach menschlichen Maßstäben nicht erneuerbare Ressource dar. Die Funktionen des Bodens sind in Deutschland seit 1998 gesetzlich geschützt.

Da der Boden oft nicht sichtbar in Erscheinung tritt, sondern unter der Oberfläche verborgen bleibt und Schädigungen auf ihn häufig erst mit zeitlicher Verzögerung erkennbar werden, besteht eine grundlegende Aufgabe für die nachhaltige Verwendung

des Bodens in der Schaffung eines Bodenbewusstseins: Die vom Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz konzipierte Wanderausstellung „Boden – Wir steh’n drauf!“ thematisiert die immense Bedeutung dieser lebenswichtigen aber stark gefährdeten, natürlichen Ressource und veranschaulicht u.a. durch grafische Darstellungen die Entstehung des Bodens, seine vielfältigen Funktionen aber auch die Gefahren, denen er ausgesetzt ist. Aufwändig hergestellte Bodenprofile von unterschiedlichen saarländischen Standorten ergänzen die Ausstellung durch einen tatsächlichen Blick unter die Oberfläche.

Ressourcenschutz durch Kreislaufwirtschaft

Zur Erfüllung nachhaltiger gesetzlicher Vorgaben setzt sich die Landesregierung dafür ein, Abfälle stetig zu reduzieren und Ressourcen einer hochwertigen Verwertung zuzuführen. Dies fängt bereits bei der Gebührenstruktur in der Abfallentsorgung an. Durch die flächendeckende Umstellung auf mengenabhängige Abfallgebühren wurde den Bürgerinnen und Bürgern ein deutlicher Anreiz geboten, Abfälle zu vermeiden bzw. besser zu trennen und somit die Hausmüllmengen, die in die ausschließlich thermische Verwertung gehen, stark zu reduzieren.

So halbierte sich das spezifische Hausmüllaufkommen beinahe von 278 kg (1999) auf 145 kg pro Einwohner und Jahr (2014).

Durch die sortenreine Abfalltrennung lassen sich viele Rohstoffe wieder in den Stoffkreislauf zurückführen. Gleichzeitig werden erhebliche CO₂-Mengen eingespart, da weniger Abfall verbrannt werden muss. Der flächendeckende Ausbau von kommunalen Wertstoffzentren gibt den Bürgerinnen und Bürgern vor diesem Hintergrund eine zusätzliche Möglichkeit,

wertstoffhaltige Abfallfraktionen vor Ort einfach, günstig und zudem nachhaltig zu entsorgen. Insgesamt konnten im Saarland im Jahr 2014 ca. 304 kg pro Einwohner an Wertstoffen gesammelt und somit ca. 62 Prozent der Abfälle aus privaten Haushalten in den Verwertungskreislauf zurückgeführt werden. Eine technologisch und ökologisch hochwertige

Entsorgung durch Kaskadennutzung (energetisch und stofflich) von Bioabfällen wird derzeit durch den Entsorgungsverband Saar (EVS) umgesetzt. Bausteine des Konzeptes sind ein Biomassezentrum für die Bioabfälle und Teile des Grüngutes und zwei bis drei dezentral verteilte Kompostierungsanlagen für Grüngut.

EMAS

EMAS (Eco Management and Audit Scheme) ist das umfassendste Umweltmanagement- und Umweltauditsystem zur Verbesserung der Umweltleistung von Unternehmen und Organisationen. Das Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz hat seit seiner erstmaligen, an die EMAS-Verordnung der Europäischen Gemeinschaften angelehnten Umweltprüfung im Jahr 1996 ein nachhaltiges Umweltmanagementsystem aufgebaut. Am 1. Dezember 2003 wurde das Ministerium für Umwelt in das EMAS-Register eingetragen, zugleich erfolgte die Zertifizierung nach der ISO 14001. Seitdem wurden im Rahmen der EMAS-Verordnung viele Umweltziele formuliert und erreicht.

In den Jahren 2013 und 2014 haben die vier nachgeordneten Dienststellen des Ministeriums, der SaarForst Landesbetrieb, das Landesamt für Vermessung, Geoinformation und Landentwicklung, das Landesamt für Verbraucherschutz und das Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz eigenständig mit Unterstützung einer externen EMAS-Beratung ein Umweltmanagementsystem eingeführt und sich erfolgreich nach EMAS zertifizieren lassen. Mit dem Landesprogramm zur EMAS-Förderung soll zudem die Anzahl an saarländischen Organisationen im kleinen und mittleren Bereich mit bis zu 50 Mitarbeitern, die freiwillig ein Umweltmanagementsystem einrichten, erhöht werden.

Nachhaltigkeitsindikatoren

- Anteil Strom aus erneuerbaren Energiequellen
- Artenvielfalt und Landschaftsqualität
- landwirtschaftliche Flächen unter produktiver und nachhaltiger Bewirtschaftung
- Rohstoff-Fußabdruck
- Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung
- Erneuerbare Energien / Energieintensität
- Anteil Ökologischer Landbau
- Abfallaufkommen je Einwohner
- Wasserqualität



Handlungsfeld 5: Erhalt und Stärkung des Wirtschafts- und Industriestand- ortes – die Basis für ein zukunfts- fähiges Saarland

Bei der Erreichung von Nachhaltigkeitszielen kommt der Wirtschaft große Bedeutung zu. Betrachtet man die drei Säulen nachhaltiger Entwicklung – Ökologie, Ökonomie und Soziales – so strahlen alle wirtschaftlichen Aktivitäten weit in die Sphäre von ökologischen Prozessen und sozialen Entwicklungen. Das übergeordnete Ziel des dauerhaften Erhalts der Kapazitäten der Natur, die menschliches Leben auf der Erde erst ermöglichen, wird wesentlich durch die ökonomischen Prozesse der Produktion und der Nutzung von Gütern, Waren und Dienstleistungen beeinflusst. Nur eine dauerhafte und deutliche Reduzierung des Ressourcenverbrauches garantiert für eine Anzahl von mehr als sieben Milliarden Menschen generationenübergreifend das Überleben auf dem Planeten. Ähnlich bedeutsam sind Art und Weise des Wirtschaftens für das Zusammenleben von Menschen. Die breite Beteiligung an den Wirtschaftsprozessen und die angemessene Verteilung der daraus resultierenden Wertschöpfung auf alle Bevölkerungsgruppen fördern sozialen Frieden und stabile demokratische Prozesse.

Vor diesem Hintergrund fallen die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen mit zahlreichen Zielen, Maßnahmen und Ansätzen saarländischer Wirtschaftspolitik zusammen. Zielkonflikte werden bei der konkreten Ausgestaltung immer unvermeidlich sein, sollen aber durch möglichst hohe Transparenz und Sensibilität mit allen Anspruchsgruppen im Rahmen demokratischer Prozesse diskutiert und aufgelöst oder zumindest auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Ausgangslage im Saarland

Das Saarland kann ökonomische Transformation. Der jahrzehntelange Strukturwandel hin von einer Kohle- und Stahlregion zu einem differenziert aufgestellten Standort für Hightech-Stahlprodukte, IKT-Anwendungen und exzellente touristische Dienstleistungen ist noch nicht abgeschlossen, aber schon weit voran geschritten. Das Saarland als kleinstes Flächenbundesland ist ein Land der kurzen Wege, in dem Solidarität und soziale Verantwortung keine Worthülsen sind. Die zentrale Lage im Herzen Europas und im Kern der europäischen Großregion SaarLorLux hat dazu geführt, dass das Saarland für seine weltoffene Lebensart geschätzt wird. Die hohe Zahl der täglichen Einpendler zu den wichtigen Industriestandorten in Homburg, Neunkirchen, Dillingen, Saarlouis, Völklingen und Saarbrücken sowie die große Vielfalt von kleinen und mittleren Handwerks- und Industriebetrieben sind ebenfalls

positive Anzeichen eines zunehmend erfolgreichen Umstrukturierungsprozesses.

Dieser wird in einem dynamischen Europäischen Binnenmarkt und einer globalisierten Digitalökonomie weiter anhalten. Eine zunehmende Verschränkung von Wissenschaft und Forschung mit Wirtschaftsakteuren und ein dynamisches Bildungs- und Ausbildungssystem sollen die Teilhabe für alle Saarländerinnen und Saarländer an diesen Entwicklungen ermöglichen. Die frühzeitige und systematische Orientierung an nationalen, europäischen und globalen Nachhaltigkeitszielen wird hierbei als eine Zukunftsinvestition für das Saarland betrachtet und eröffnet weitere Entwicklungspotenziale, die bei konsequenter Nutzung ökologische Systeme stärken, wirtschaftliche Aktivitäten anstoßen und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

Ziele

Neben Ziel 9 der SDGs (eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen) sind die in den Zielen 8 und 10 der SDGs genannten Aspekte (dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges

Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern sowie Ungleichheit innerhalb von und zwischen Staaten verringern) für das Saarland handlungsleitend.



Nachhaltigkeitsziele für das Saarland im Handlungsfeld 5 sind:

1. Nachbarschaft zu Frankreich und die Lage in der Großregion SaarLorLux produktiv nutzen
2. Status als Industriestandort sichern und ausbauen
3. Hochqualifizierte Arbeitsplätze halten und neue insbesondere auch im Bereich der Industrie schaffen
4. Anteil prekärer Beschäftigung reduzieren
5. Diversifizierung durch Ausbau der Kreativwirtschaft und der Tourismusindustrie sowie eine Start-up-Offensive
6. Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Schulen und Wirtschaft ausbauen
7. Reduzierung von Langzeitarbeitslosigkeit

Maßnahmen und Projekte der Landesregierung

Frankreichstrategie

Die Frankreich-Strategie der Landesregierung verfolgt zwei Ziele, die in eine Binnen-Strategie (Stärkung der Frankreich-Kompetenz im Land) und eine Außen- und Kommunikationsstrategie (Vermarktung der saarländischen Frankreich-Kompetenz nach außen, d.h. nach Frankreich und nach Deutschland) einmünden.

Um diese Ziele zu erreichen, greift die Frankreichstrategie primär auf bereits bestehende Strukturen und Institutionen zurück und nutzt vorhandene Ressourcen. Zum Markenkern des Saarlandes gehört die deutsch-französische Kompetenz. Daraus folgt das Ziel, dass das Saarland zum französischsten aller Bundesländer wird. Dabei bilden die geographische Lage, die Geschichte des Saarlandes, die breite grenzüberschreitende Erfahrung und die ausgeprägte Fähigkeit zur Vernetzung die Basis für die Etablierung der Frankreichstrategie im Rahmen einer Dachmarke.

Zentraler Ansatz der Frankreichstrategie der Landesregierung ist es – neben der Umsetzung eigener Maßnahmen –, die zahlreichen Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Akteure in Bezug auf Frankreich zu stärken, zu unterstützen und soweit gewünscht zu koordinieren. Ebenso geht es darum, die vielfältigen lothringischen Partner in die Frankreichstrategie mit einzubinden und die Frankreichstrategie insgesamt mit den grenzüberschreitenden Aktivitäten in der Großregion SaarLorLux zu verzahnen.

Saarland Industrieland

Der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt im Saarland bei 25 Prozent, im Bund bei 20 Prozent. Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung beläuft sich auf 25 Prozent, im Bund sind es 22 Prozent. Nach Baden-Württemberg hat das Saarland somit die zweithöchste Industriedichte in Deutschland. Das Saarland verfügt über eine robuste Struktur produzierender Unternehmen, die einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Wirtschaftskraft leisten. Die Landesregierung will mit einer offensiven Industriepolitik dafür sorgen, dass dies so bleibt.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (MWAEV) hat im Januar 2015 einen Leitprozess unter dem Motto „**Saarland Industrieland. Wie wir mit Industrie Zukunft gewinnen**“ gestartet. Hierbei wurden in verschiedenen inhaltlichen Modulen einige für das Saarland zentrale industrie- und wirtschaftspolitische Themenfelder als Grundlage für einen breit angelegten Diskussionsprozess aufgegriffen. Dabei geht es um den Handlungsbedarf und die Chancen, die sich aus der vierten industriellen Revolution ergeben, also den Einfluss der Digitalisierung auf Produktion, Logistik und Marketing. In einem weiteren Schritt hat im April 2015 ein großer **Industriekongress** stattgefunden. Als wichtige Punkte haben sich die Automatisierung und die Digitalisierung der Produktion und die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft herausgestellt. Der Kongress wurde genutzt, um den Grundstein für ein „Saarländisches Zentrum für Industrie 4.0.“ zu legen. Das Kompetenzzentrum „Power4Production“ am Standort des Zentrums für Mechatronik und Automatisierungstechnik (ZeMA) in Saarbrücken konzentriert sich in Zukunft auf eine effektive Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft. Die beiden Partner Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz und ZeMA sind bereits etablierte Institutionen im Saarland und daher prädestiniert, um anwendungsorientierte Forschung rund um das Thema Industrie 4.0 zu betreiben.

Im Juli 2015 fand der **Saarländische Stahlgipfel** statt, zu dem mehr als 200 Teilnehmer kamen. Am Ende der mehrstündigen Veranstaltung stand die Unterzeichnung eines gemeinsamen Positionspapiers der Landesregierung, der IG Metall, der Wirtschaftsvereinigung Stahl und dem Verband der

Saarhütten, welches die Anliegen der saarländischen Stahlindustrie widerspiegelt und als Grundlage für strategische Gespräche, die von den Gipfelteilnehmern auf unterschiedlichen nationalen und europäischen Ebenen geführt werden, dient. Am 30.09.2016 fand in Dillingen der 2. Stahlgipfel Saar „Stahl – Wertschöpfung, Beschäftigung, Innovation“ gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel statt. Dabei wurde eine weitere Stahlresolution gemeinsam mit der IG Metall, der Wirtschaftsvereinigung Stahl und dem Verband der Saarhütten unterzeichnet.

Im November 2015 fand eine Betriebsrätekonferenz zum Thema „**Alters- und altersgerechtes Arbeiten in der Industrie**“ mit rund 200 Teilnehmern in St. Ingbert statt, auf welcher betont wurde, dass die Einbindung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer betrieblichen Interessenvertretungen ein Schlüssel zur Gestaltung der Arbeitswelt von morgen sei. Die 2. Betriebsrätekonferenz Saar „Der Mensch im Mittelpunkt“ fand am 25.11.2016 in Dillingen gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales statt.

Im Mai 2016 wurden die endgültigen Ergebnisse in Form neuer politischer Leitlinien für ein erfolgreiches Industrieland Saarland veröffentlicht („Wie wir mit Industrie Zukunft gewinnen“). Die Umsetzung der industriepolitischen Leitlinien erfolgt über eine Vielzahl an konkreten Maßnahmen und Projekten.

Darüber hinaus wurden die industriepolitischen Leitlinien auf eine wissenschaftliche Basis aufgesetzt. Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr hat im Herbst 2015 eine Studie in Auftrag gegeben, welche die gegenwärtige Struktur und Lage der saarländischen Wirtschaft analysiert, die wesentlichen Standortfaktoren für Unternehmen erfasst und Schlüsselfaktoren für die weitere Entwicklung identifiziert hat. Darauf aufbauend wurden mögliche Szenarien für die nächsten Jahre bis 2030 abgeleitet. Im Rahmen der Studie wurden zudem mittels einer Analyse der regionalen Wertschöpfungsketten fünf saarländische Leitmärkte identifiziert, im Hinblick auf entsprechende Herausforderungen und Chancen untersucht sowie leitmarktspezifische Handlungsbedarfe und -empfehlungen für Wirtschaft und Politik entwickelt.

Die fünf Leitmärkte sind:

- Automotive und Mobilität
- Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)
- Produktions- und Werkstofftechnik
- Life Science und Gesundheit
- Wissensintensive Dienstleistungen

Die Studie bildet die Grundlage für eine aktive, moderne Industrie- und Wirtschaftspolitik für die kommenden Jahre. Ihre Ergebnisse flossen entsprechend in die industriepolitischen Leitlinien ein.

Netzwerk Saarland Offensive für Gründer

Zu einem nachhaltigen Wirtschaften gehört auch, dass Menschen ihre Kompetenzen und Erfahrung sowie ihr Engagement in unternehmerisches Handeln umsetzen. In diesem Sinne und zur Stärkung sowie zum Erhalt des Wirtschaftsstandortes Saarland und nicht zuletzt zur Schaffung von Arbeitsplätzen kommt Existenzgründungen eine besondere Bedeutung zu. Diese müssen, damit sie auch längerfristig Bestand haben, gut durchdacht und sorgfältig vorbereitet werden. Hierbei ist es von großer Bedeutung, dass die zukünftigen Gründer durch vielfältige Beratungsangebote und Hilfen begleitet werden.

Die Saarland Offensive für Gründer (SOG) leistet diese Hilfestellung. Die SOG beinhaltet ein regionales Netzwerk, dem alle in der Gründerförderung aktiven

Kräfte im Saarland angehören. Dies sind neben dem MWAEV vor allem die Industrie- und Handelskammer des Saarlandes, die Handwerkskammer des Saarlandes, die Saarländische Investitionskreditbank, die regionalen Wirtschaftsförderer sowie die Business Angels. Mit seiner gebündelten Kompetenz zielt das Netzwerk darauf ab, Hemmschwellen zur Existenzgründung abzubauen, zu unternehmerischem Handeln zu ermuntern und Hilfe bei der Erarbeitung von Business- und Finanzplänen sowie bei der Gründungskonzeption zu vermitteln. Wichtigste Instrumente sind persönliche Beratung, Beratershops, Gründermessen und besondere, auf Gründungswillige bzw. Jungunternehmer ausgerichtete Events. Hier sind auch die saarländischen Hochschulen mit einbezogen.

Kreativwirtschaft

Architektur, Design, Musik, Softwareentwicklung oder Werbung – ihnen ist eines gemeinsam: Sie sind Teil der Kultur- und Kreativwirtschaft, einer äußerst vielfältigen Branche. Zu ihr gehören sowohl freiberuflich arbeitende Künstler und Kulturschaffende als auch Kleinstunternehmerinnen und -unternehmer wie Kunsthändler, Agenten und Galeristen. Darüber hinaus zählen auch mittelständische Unternehmen wie Film- oder Musikproduzenten, Hersteller von Computerspielen oder Verlage dazu. Die Kultur- und

Kreativwirtschaft ist eine starke Wirtschaftsbranche, und sie befindet sich auch im Saarland im Wachstum. In der Kreativwirtschaft wird im Saarland jährlich gut eine Milliarde Euro umgesetzt. Rund 2.300 Betriebe sind in der saarländischen Kreativbranche zu Hause. Das vom MWAEV finanzierte kreativzentrum.saar berät, vernetzt und hilft kreativen Unternehmen dabei, den richtigen Weg für ihre Geschäftsidee, ihre Gründung oder ihr Unternehmen zu finden.

Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar

Beim Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar (ZFS) ziehen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Arbeitsagenturen gemeinsam an einem Strang, um den Fachkräftebedarf im Saarland nachhaltig zu decken. Es ist eine Gemeinschaftsleistung von insgesamt elf Wirtschafts- und Sozialpartnern, die sich zweimal jährlich treffen.

Die Vorstellung des gemeinsamen Strategiepapiers mit umfangreichem Maßnahmenpaket (derzeit 212 Maßnahmen) erfolgte im April 2014. Das Strategiepapier wird entsprechend den identifizierten Handlungsfeldern stetig weiterentwickelt.

Aktionsprogramm zur beruflichen Ausbildung

Um den zukünftigen Fachkräftebedarf zu sichern und jungen Menschen eine Perspektive zu bieten, wurde gemeinsam ein Aktionsprogramm geschnürt, das in Ergänzung des bestehenden Maßnahmenkatalogs neue Akzente setzt und im November 2014 vorgestellt wurde. Einen Schwerpunkt des Aktionsprogrammes bildet der Modellversuch „Lückenlose Betreuung von Jugendlichen“. Über eine neu

einzurichtende Netzwerkstelle soll der Verbleib aller Jugendlichen nach Beendigung der Abgangsklassen (Sekundarstufe I) ermittelt und sollen, sofern erforderlich, vonseiten der Jugendberufsagentur Unterstützungsangebote für einen lückenlosen Übergang in den Beruf unterbreitet werden. Über 1.000 Schülerinnen und Schüler an knapp 20 Schulen nehmen an diesem Modellversuch teil.

Weitere Maßnahmen des Aktionsprogrammes sind unter anderem:

- Flankierende Maßnahmen der Berufsorientierung
- Gewinnung von Fachoberschülern und von Studienabbrechern für die duale Ausbildung
- Verstärkte Bewerbung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
- Verbesserung der Ausbildungsqualität in den Betrieben und der Qualität beruflicher Schulen

Weitere wichtige Bausteine der saarländischen Arbeitsmarktpolitik sind das Aktionsprogramm „Erhöhung der Frauenerwerbsbeteiligung“, das Landesprogramm „Arbeit für das Saarland (ASaar)“ sowie die Förderungen im Rahmen des Operationellen

Programms ESF Saarland 2014-2020 im Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“. Auch die Handwerkskammer des Saarlandes bietet in verschiedener Weise Aus- und Weiterbildung für Interessenten an.

Integration von Migranten in den saarländischen Arbeitsmarkt

Das Zukunftsbündnis Fachkräfte Saar (ZFS) hat unter Federführung des MWAEV ein **Aktionsprogramm Zuwanderung** erarbeitet. Ziel ist es, das Saarland als attraktive Zuwanderungsregion zu positionieren,

ohne dabei die inländischen Potenziale zu vernachlässigen. Gleichzeitig enthält das Aktionsprogramm Lösungsansätze für die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation.

Wichtige Elemente des Aktionsprogrammes sind:

- Da aktuell immer mehr Menschen im Saarland Zuflucht vor politischer Verfolgung suchen, möchte auch das Saarland die Chancen nutzen, die eine frühzeitige Integration von Flüchtlingen in den saarländischen Arbeitsmarkt bietet. Durch die Einrichtung einer „Clearingstelle Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven“ in der Landesaufnahmestelle in Lebach als Sofortmaßnahme werden die Aufnahmeprozesse verbessert. Diese zentrale Anlaufstelle dient insbesondere der ersten Klärung der Vermittlungschancen von Flüchtlingen und Asylbewerbern.
- Integration der Inhalte des Aktionsprogramms in ein Gesamtkonzept für eine umfassende, sozial gerechte Willkommens-, Anerkennungs- und Bleibekultur im Saarland.
- Die ZFS-Partner werden lokale Beratungsstellen und Netzwerkpartner mit ihren interkulturellen Kompetenzen weiter fördern und stärken.
- Die Strategie eines möglichst frühzeitigen Arbeitsmarktzugangs erhöht die Anforderungen an die Sprachförderung. Dafür muss die Rechtslage angepasst werden, und es bedarf einer deutlichen Ausweitung des Angebotes an Integrations- und Sprachkursen durch den Bund.
- Es wird weiterhin eine angemessene Finanzausstattung von Kommunen, Arbeitsagenturen und Jobcentern hinsichtlich Sprachmittlern, Personal, Fördermaßnahmen vom Bund eingefordert.

Um die Integration zugewanderter Menschen zu fördern, wurde mittlerweile nicht nur das Aktionsprogramm Zuwanderung an die gestiegene Zahl Zugewanderter angepasst, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (MWAEV) hat darüber hinaus auch einen Sieben-Punkte-Plan vorgelegt. Der Sieben-Punkte-Plan ist im Oktober 2015 zu einem Zeitpunkt in Kraft getreten, zu dem erst die Hälfte der Asylanträge des gesamten Jahres gestellt waren – und zu dem die Entwicklung im jetzt bekannten Ausmaß noch nicht absehbar war. Mittlerweile hat sich in der Praxis nicht nur die große Bedeutung bestätigt, die dem frühzeitigen Erwerb der Sprachkompetenz sowie der Betreuung und Begleitung bei der Integration Geflüchteter in die Arbeitswelt beigemessen werden. Bestätigt hat sich

auch die Erkenntnis, dass für eine gelingende Integration Asylsuchender und Asylberechtigter weitere Maßnahmen und Instrumente erforderlich sind, die über das Aktionsprogramm Zuwanderung sowie den Sieben-Punkte-Plan hinausgehen.

Daher wurde mit den Maßnahmen und Instrumenten des zwischenzeitlich verabschiedeten „Aktionsplans zur Integration Geflüchteter“ in den Jahren 2016 und 2017 ein erweiterter Beitrag dazu geleistet, die gestiegene Anzahl Geflüchteter mit guter Bleibeperspektive in den saarländischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. In alle Aktivitäten werden die vorhandenen Potenziale und Kompetenzen wie Mehrsprachigkeit, schulische Bildung, berufliche Qualifikation und Vorerfahrungen einbezogen.

Zu diesen Maßnahmen gehören:

- Verstärktes Angebot an Einsteiger-Deutschkursen für Zugewanderte
- Erweiterung der Clearingstelle „Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven“
- Flächendeckendes Beschäftigungs-Coaching für Zugewanderte
- Praxisorientierte Erweiterung des Verfahrens zur Kompetenzfeststellung

- Verstärktes Angebot öffentlich geförderter Beschäftigung und beruflicher Qualifizierung für Zugewanderte
- Verstärkung der sozialen Betreuung und Begleitung für junge Flüchtlinge in den Berufsbildungszentren
- Ausbildungsvorbereitung und Ausbildungsbegleitung von Flüchtlingen
- Einsatz von Flüchtlingsnetzwerkern bei IHK und HWK
- Task Force „Steuerung der Integration von Flüchtlingen in Beschäftigung“
- Online-Informationen für Arbeitgeber zum Aufenthaltsstatus sowie zu Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von Geflüchteten
- Aufgabenadäquate Finanz- und Personalausstattung der Jobcenter im Rahmen der Asyl- und Flüchtlingspolitik

Tourismuskonzeption Saarland 2025

Um die Leitidee der Konzeption mit den Oberzielen Wachstum, Nachhaltigkeit und Qualität zu erreichen, wurden vier konkrete Ziele benannt, die messbar, ambitioniert, aber auch realistisch sind:

- **Ziel 1:** Der Saarland-Tourismus wächst nachhaltig: das Nachfragevolumen steigt jährlich um 1,2 Prozent auf 3,3 Mio. Übernachtungen im Jahr 2025.
- **Ziel 2:** Der Tourismus stärkt die Wirtschaftskraft im Saarland: der Einkommensbeitrag, der aus dem Tourismus im Saarland generiert wird, steigt von 629 auf 700 Mio. Euro.
- **Ziel 3:** Der Saarland-Tourismus ist umweltfreundlich: die Zahl der zertifizierten umweltfreundlichen Tourismusbetriebe steigt von 5 auf 50.
- **Ziel 4:** Tourismus heißt Lebensqualität: ein überwiegender Teil der saarländischen Bevölkerung ist mit dem Freizeitangebot im Saarland zufrieden.

Umweltpakt Saar

Im März 2002 unterzeichneten Vertreter der Landesregierung und der saarländischen Wirtschaft den Umweltpakt Saar. Ursprünglich wurde er bis zum Jahr 2006 vereinbart. Aufgrund der positiven Entwicklung entschieden sich die Partner mehrfach für die Fortschreibung. Partner des Umweltpakts Saar waren und sind bis heute: Arbeitskammer des Saarlandes, Handwerkskammer des Saarlandes, Industrie- und Handelskammer des Saarlandes, Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände e.V., Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und

Verkehr und Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Der Grundgedanke des Umweltpakts Saar besitzt bis heute Gültigkeit und wurde in der Präambel des Vereinbarungstextes im Jahr 2002 wie folgt formuliert: „Grundlage dieser Vereinbarung ist das Bekenntnis von saarländischer Landesregierung und saarländischer Wirtschaft zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung.“ Die am Umweltpakt Saar teilnehmenden Unternehmen erbringen freiwillige, d.h. über den gesetzlich geforderten Standard hinausgehende, Umweltleistungen. Rund drei Viertel

der Mitglieder haben ein Umweltmanagementsystem nach der EMAS-Verordnung oder nach ISO 14001 eingeführt. Damit weisen saarländische Unternehmen im Vergleich zu Unternehmensbeiträgen

in Partnerschaften anderer Bundesländer ein sehr hohes Niveau hinsichtlich ihrer freiwilligen Umweltleistungen auf. Im Jahre 2016 sind 157 Unternehmen Mitglied des Umweltpaktes Saar.

Nachhaltigkeitsindikatoren

- Im- und Exportquote innerhalb der Großregion SaarLorLux bzw. mit Frankreich
- Start-Up-Quote in Umweltwirtschaftsbranchen
- Frauenerwerbsquote
- Langzeitarbeitslosenquote
- Migrantenerwerbsquote
- Mitgliederzahl Umweltpakt Saar
- Anteil prekärer Beschäftigung



Handlungsfeld 6: Mobilität

Mobilität als Querschnittsthema tangiert in gewisser Weise viele der vorangegangenen Schwerpunkte. Von der Personenbeförderung als grundlegendem Fundament für Bildung, Wohlstand und Arbeit bis hin zu Transportwegen, die gerade im Industrieland Saarland eine herausragende Rolle übernehmen. Ein gut ausgebautes Verkehrssystem ist in vielerlei Hinsicht zukunftsweisend. Die Bundesregierung setzt sich mit dem Bundesverkehrswegeplan 2030 das Ziel, bis 2018 eine Steigerung der Investitionsmittel in die Infrastruktur von rund 40 Prozent zu erreichen. Verkehrswege bringen jedoch auch Belastungen durch Lärmemissionen und Luftverschmutzung mit sich. Daher wird bei ihrer Planung und Realisierung das Schutzgut Gesundheit ebenso als wichtiger Belang berücksichtigt wie die Belange des Natur- und Artenschutzes. Dabei ist der Einbezug der Öffentlichkeit wichtig und elementar

Es ist davon auszugehen, dass wir in Zukunft immer stärker auf einen gut funktionierenden ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) angewiesen sein werden. Hinsichtlich barrierefreier Mobilität sind grundsätzlich die Maßnahmen für den ländlichen Raum von denen zu unterscheiden, die Städte bzw. Ballungsräume betreffen. Somit ist auch der demografische Wandel zu berücksichtigen. Das Nutzen barrierefreier Bahn- und Busverbindungen muss somit älteren und Menschen mit Behinderung erleichtert werden. Außerdem ist es unter ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten wichtig, dass man auch ohne Auto in der Lage ist, seine Mobilitätsbedürfnisse zu befriedigen.

Ausgangslage im Saarland

Das Auto spielt im Bereich der Mobilität immer noch eine bedeutende Rolle. So liegt das Saarland nach einem Vergleich aller Bundesländer (Kraftfahrt-Bundesamt, 1. Januar 2016) mit einer PKW-Dichte von 672 PKW je 1.000 Einwohner auf Platz 1. Mobil sein als wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und der Teilhabe am Arbeitsmarkt und gesellschaftlichen Leben wird in Zukunft von immer größerer Bedeutung sein und muss sich daher der Kaufkraft aller Gesellschaftsschichten anpassen. Das neue saarländische ÖPNV-Gesetz, das zum 1. Januar 2017 in Kraft treten wird, soll den Öffentlichen Personennahverkehr im Saarland noch kundenfreundlicher, moderner und effizienter gestalten. Im Zuge dessen soll ein hochwertiges Verkehrsangebot mit einem einheitlichen Erscheinungsbild des landesweiten Verkehrsverbundes saarVV auf Schiene und Straße entstehen, um noch mehr Saarländerinnen und Saarländer zur Nutzung von Bus und Bahn zu animieren.

Seit einiger Zeit lässt sich beobachten, dass in der jüngeren Generation Verkehrsmittel wie Bus und Bahn oder das Fahrrad an Bedeutung gewinnen. Smartphone oder Tablet-Computer haben bei jungen Menschen das Auto von Platz 1 als Statussymbol bereits verdrängt. Ein eigenes Auto zu besitzen, rückt auch gerade in Ballungsräumen in den Hintergrund, da hier Mobilität auch durch Kombination der angebotenen Verkehrsmittel sichergestellt werden kann. Auf dieses veränderte Mobilitätsverhalten reagiert das Saarland mit zahlreichen Angeboten für Bus, Bahn, Fahrrad und Carsharing. Eine Strategie zu entwickeln, die es möglich macht, ohne Automobil zu sein, setzt eine bedarfsgenaue Analyse der Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung voraus. Einen wichtigen Schritt in Richtung einer Vernetzung von Stadt und Land und des Entgegenwirkens des Individualverkehrs, stellte der Ausbau der im Oktober 1997 in Betrieb genommenen Saarbahn dar. Des Weiteren bedeutete die grenzüberschreitende Erweiterung der Saarbahnlinie in das benachbarte Frankreich eine Bereicherung für das „Eipendlerland“ Saarland.

Ein weiterer Aspekt ist die Entwicklung der Elektromobilität. Das Saarland als Autoland möchte von Beginn an Teil dieser Entwicklung sein und in den Ausbau der Elektromobilität investieren. Treibende Kraft ist die weltweit steigende Nachfrage nach fossilen Rohstoffen wie Öl, Gas und Kohle, welche nur noch für einen begrenzten Zeitraum zur Verfügung stehen werden. Außerdem wird, ausgerichtet auf die Ziele der Agenda 2030, eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes angestrebt. Dieses Vorhaben führt langfristig zu einer Fokussierung auf CO₂-ärmere oder sogar CO₂-freie Antriebskonzepte..

Eine im Saarland noch zu selten genutzte Form der Mobilität ist das Fahrrad. Der Weg zum Bäcker, zur Post oder zur Arbeit ist oftmals nur wenige Kilometer lang und wird trotzdem oftmals mit dem Auto zurückgelegt. Um hier klimafreundliche Alternative zu bieten, möchte das Saarland eine radfahrerfreundliche Infrastruktur schaffen. Während die touristische Radinfrastruktur in den vergangenen Jahren im Saarland bereits sehr gut ausgebaut worden ist, gilt es jetzt, auch die Voraussetzungen für den Alltagsradverkehr weiter zu verbessern. Auch hier ist es wichtig, die Bevölkerung in alle Entscheidungen mit einzubeziehen. Als häufige Gründe für die Nichtnutzung des Rades werden die Angst vor Verkehrsunfällen durch nicht vorhandene oder nicht klar erkennbare Radwege sowie der hohe Zeitaufwand vorgebracht. Diesen Anliegen kann mit meist kostengünstigen Maßnahmen, wie flächendeckend gekennzeichneten Radwegen und Radschnellverbindungen, begegnet werden.

Ziele

Das Saarland orientiert sich am 11. Ziel der Agenda 2030, welches nachhaltige Städte und Gemeinden anstrebt, indem allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Verkehrssystemen ermöglicht wird. Außerdem soll die Sicherheit im Straßenverkehr verbessert werden,

insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf die Bedürfnisse von Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen. Übergreifend wirkt auch das Ziel 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ stark auf den Schwerpunkt Mobilität ein.



Nachhaltigkeitsziele für das Saarland im Handlungsfeld 6 sind:

1. Entwicklung eines neuen VEP (Verkehrsentwicklungsplan) bis Frühsommer 2018
2. Barrierefreiheit im saarländischen ÖPNV
3. Erhalt und Ausbau der Landstraßen sowie Brücken für die – vor allem für Industrie und Handwerk – wichtige Infrastruktur
4. Ausbau des Alltagsradverkehrs

Maßnahmen und Projekte der Landesregierung

Verkehrswege

Das Saarland legt einen Schwerpunkt auf die Erhaltung der vorhandenen Substanz seiner Straßen. Erhalt geht vor Neubau. Der Neubau bzw. der Um- und Ausbau von Straßen soll vor allem aus Gründen der Verkehrssicherheit und Leistungsfähigkeit erfolgen.

Auf Bundesebene wird derzeit der Bundesverkehrswegeplan (Verkehrsträger: Wasser, Schiene, Straße) fortgeschrieben. Das Pendant auf Landesseite ist der

Landesbedarfsplan. Im Bereich des klassifizierten Straßennetzes erstellt das Land ein multimodales Verkehrsmodell, mit dem es möglich sein wird, Defizite im Netz aufzuzeigen und auch Lösungsansätze hierfür zu entwickeln. Fast die Hälfte der aktuell 1.473 Straßenkilometer muss möglichst bald instandgesetzt werden. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden möchte das Land bis Ende 2016 eine Erhaltungsbedarfsprognose erstellen.

ÖPNV

Das ÖPNV-Gesetz wurde fortgeschrieben, um die Weiterentwicklung eines nutzerfreundlichen ÖPNV-Angebotes zugunsten der Kunden zu ermöglichen. Dazu gehören Vorgaben zur Umsetzung der Barrierefreiheit von Fahrzeugen, Infrastruktur und

Fahrgastinformationssysteme in den kommenden fünf Jahren. Außerdem ist eine Vereinfachung und Weiterentwicklung der Tarifstruktur geplant unter Beibehaltung von ermäßigten Zeitfahrausweisen für Schüler und Auszubildende.

Elektromobilität

Im Bereich der Elektromobilität soll bis 2018 die vorhandene Ladeinfrastruktur im Saarland von derzeit 34 Standorten auf 64 erhöht werden. Hierzu wird es ein Förderprogramm des Bundes geben. Ebenfalls hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, mit Hilfe eines Umweltbonus den Absatz neuer Elektrofahrzeuge zu fördern. Dadurch wird ein

nennenswerter Beitrag zur Reduzierung der Schadstoffbelastung der Luft bei gleichzeitiger Stärkung der Nachfrage nach umweltschonenden Elektrofahrzeugen um mindestens 300.000 Fahrzeuge geleistet. Durch die Förderung wird die schnelle Verbreitung elektrisch betriebener Fahrzeuge im Markt unterstützt.

AG Alltagsradverkehr

Die Gründungssitzung der Arbeitsgruppe (AG) Alltagsradverkehr fand am 25. November 2014 auf Einladung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr statt. In der Arbeitsgruppe wirken neben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums und des Landesbetriebs für Straßenbau auch Vertreter mehrerer Kommunen und des ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club) mit. Die AG Alltagsradverkehr soll neue Impulse, Strategien und Ideen erarbeiten und konkrete Möglichkeiten zur Förderung des Alltagsradverkehrs aufzeigen. Ziel ist es, den Anteil des Alltagsradverkehrs im Saarland zu steigern. In der AG Alltagsradverkehr geht es nicht nur um Investitionen in eine verbesserte

Infrastruktur, sondern auch und vor allem um Maßnahmen, mit denen Anreize für die Nutzung des Fahrrades im Alltag gesetzt, die Akzeptanz für den Radverkehr verbessert und das Bewusstsein für die Potenziale des Radverkehrs auch und gerade im Saarland geschärft werden können, sowohl bei den (potenziellen) Nutzern als auch bei Verkehrsplanern und Verantwortlichen der Straßenbaulastträger und der Verkehrsbehörden. Von der Vernetzung der Akteure, dem Dialog und der besseren Kommunikation und Koordination verspricht sich die Landesregierung neue positive Impulse für die Entwicklung des Alltagsradverkehrs.

Nachhaltigkeitsindikatoren

- Bestand PKW je Einwohner
- Radwege [km]
- Bahnnetz [km]
- Zahl der ÖPNV-Nutzer

Weitere Informationen

Ansprechpartner und Gremien

Für die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie ist die Fortführung des Partizipationsprozesses fest verankert. Eine Internetplattform zur saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie bietet Zugang zu allen Informationen rund um die Weiterentwicklung

und stellt gleichzeitig eine Plattform für die Beteiligung von Vereinen, Verbänden, Kommunen und Unternehmen. Anregungen, Kritik und Vorschläge können alle Saarländerinnen und Saarländer aber auch direkt an die folgende E-Mailadresse senden:

nachhaltigkeitsstrategie@umwelt.saarland.de

Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie und interministerieller Koordinierungskreis

Zur Koordination der Nachhaltigkeitsaktivitäten hat die Landesregierung eine Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie eingerichtet. Diese Funktion wird durch die Stabsstelle für Nachhaltiges Ressourcenmanagement, Betreuung Kleinprivatwald im Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz wahrgenommen. Leiter der Geschäftsstelle ist Patrick Ginsbach. Um die Arbeit und Vorschläge der verschiedenen

Ressorts innerhalb der Landesregierung zu koordinieren und in die Nachhaltigkeitsstrategie mit einfließen zu lassen, wurde ein Interministerieller Koordinierungskreis zur Nachhaltigkeitsstrategie des Saarlandes eingerichtet. Die Ministerien haben dazu Vertreterinnen und Vertreter für das Gremium benannt, die unter Leitung der Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie regelmäßig tagen.

Rat für Nachhaltigkeit

Gemäß § 44 des saarländischen Naturschutzgesetzes in der Fassung vom 28.10.2008 wird in jeder Wahlperiode des Landtags zur Beratung der Landesregierung in Fragen einer Politik der Nachhaltigkeit ein unabhängiger Rat für Nachhaltigkeit gebildet. Im Rahmen der Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie arbeitet dieser Empfehlungen heraus, die in die Nachhaltigkeitsstrategie einfließen.

Die Mitglieder des Rates für Nachhaltigkeit für die 15. Wahlperiode des Landtags des Saarlandes wurden in der konstituierenden Sitzung am 9.6.2015 durch Herrn Minister Jost berufen. Sie üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Folgende per Gesetz festgeschriebene Organisationen entsenden in den Rat für Nachhaltigkeit eine Vertreterin bzw. einen Vertreter:

- der/die Vorsitzende des Landesbeirats für Landschaft nach § 42 SNG kraft Amtes (momentan nicht besetzt)
- der Städte- und Gemeindetag: Herr Reiner Pirrung

- der Landkreistag: Herr Kai Hartz
- die Industrie- und Handelskammer: Herr Dr. Uwe Rentmeister
- die Handwerkskammer: Herr Hans-Ulrich Thalsofer
- die Arbeitskammer: Herr Jürgen Meyer
- die Landwirtschaftskammer: Herr Dr. Kurt Hofmann
- die Universität des Saarlandes: Herr Prof. Dr. Jochen Kubiniok
- die evangelische Kirche: Herr Pfarrer Reinhard Wawra
- die römisch-katholische Kirche: Herr Rektor i.R. Klaus Feucht
- der BUND Landesverband Saarland: Frau Caroline Jung
- der NABU Landesverband Saarland: Herr Ulrich Heintz

Vorsitzender des Rates ist Herr Prof. Dr. Jochen Kubiniok. Dem Rat sind zudem zwei Vertreter des Landesjugendringes beratend zur Seite gestellt: Frau Sandra Aedtner, Herr Georg Vogel. Die Geschäftsführung nimmt der Leiter der Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie wahr.

Wir gestalten gemeinsam – Saarland nachhaltig und zukunftsfähig

Die Landesregierung wird gemeinsam mit dem Rat für Nachhaltigkeit, dem interministeriellen Koordinierungskreis, der Geschäftsstelle für Nachhaltigkeit und allen interessierten Bürgern und Institutionen an der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie arbeiten. Dabei bieten die in den sechs Schwerpunktfeldern aufgeführten Ziele und Indikatoren eine Grundlage für die weiteren Aktivitäten. Die Landesregierung wird die Indikatoren weiter konkretisieren und – entsprechend der Beschlusslage der Konferenz der Chefin und Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder – mit den sich in der Entwicklung befindenden Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 abstimmen. Spätestens 2020 wird dann ein Fortschrittsbericht zur saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie herausgegeben, der auch einen Überblick über die Entwicklung der saarländischen Nachhaltigkeitsindikatoren liefert. In Vorbereitung des Fortschrittsberichts wird auch weiterhin die Beteiligung von Zivilgesellschaft, Kommunen,

Wirtschaft und Wissenschaft sichergestellt, um die Evaluation der Strategie partizipativ auszugestalten und gute Ideen und Impulse zur Weiterentwicklung der Strategie zu gewinnen

Der deutsche Nachhaltigkeitsrat richtet derzeit mit Mitteln des Bundeskanzleramtes vier Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) ein. Das RENN West soll das Thema Nachhaltigkeit in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland voranbringen. Auf Initiative der Landesregierung haben sich die Europäische Akademie Otzenhausen (EAO) und der Umweltcampus Birkenfeld dafür beworben, eine regionale Netzstelle innerhalb des RENN West zu werden. Mit Erfolg: Durch das regionale Subnetz „Rheinland-Pfalz-Saarland“ mit Sitz am Umwelt-Campus Birkenfeld wird die Implementierung der saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie unterstützt. Unter Leitung von Prof. Dr. Klaus Helling arbeitet der Umwelt-Campus

Birkenfeld gemeinsam mit der Europäischen Akademie Otzenhausen, dem entwicklungspolitischen Netzwerk ELAN in Mainz und der Energieagentur Rheinland-Pfalz von 2016 bis 2021 daran, das Thema Nachhaltigkeit im Südwesten voranzubringen. Seit November 2016 bringt die neue regionale Netzstelle Akteure aus der Zivilgesellschaft, den Kommunen und der Wirtschaft zusammen. Ziel ist die bessere Verankerung von innovativen Zukunftskonzepten zu nachhaltigem Wirtschaften und Leben. RENN West, insbesondere das Subnetz „Rheinland-Pfalz-Saarland“, wird dabei jährlich einen Nachhaltigkeitskongress veranstalten, thematische und branchenbezogene Foren und Dialogformate anbieten und zu einer Vernetzung der vielfältigen Nachhaltigkeitsgruppen sowie der engagierten Saarländerinnen und Saarländer beitragen.

Ohne Teilhabe an Entscheidungen für eine nachhaltige Entwicklung, ohne angepasste Lebens- und Produktionsstile und ohne das Streben nach globaler Gerechtigkeit ist eine nachhaltige Entwicklung nicht zu realisieren. Deswegen sind partizipative Verfahren auf dem Weg in ein nachhaltiges Saarland so bedeutsam. Nachhaltigkeit bedeutet und fordert große Veränderungen. Gelingen kann der notwendige Wandel nur, wenn wir ihn als ein gesellschaftliches Gesamtprojekt begreifen – als eine umfassende, kreative Aufgabe. Die Landesregierung verpflichtet sich mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie diesen Transformationsprozess zu begleiten und schafft damit den Raum für ein zukunftsfähiges Saarland.

Anhang – Ideen und Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern

Im Rahmen der ersten saarländischen Nachhaltigkeitskonferenz sowie einer Online-Befragung, die offen war für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen und Anregungen.

Eine Auswahl dieser wird im Folgenden teils original, teils sinngemäß vorgestellt. Ein Gesamtüberblick über die eingegangenen Rückmeldungen der

Bürgerinnen und Bürger findet sich unter:
www.saarland.de/nachhaltigkeitsstrategie.htm.

Die Ideen und Vorschläge sind aber nicht als repräsentativ für alle Saarländerinnen und Saarländer anzusehen. Als Meinungsäußerung spiegeln diese Rückmeldungen nicht die Position der Landesregierung wider.

Handlungsfeld 1: Bildung, Wissen, Innovation

Durch eine stärkere Fokussierung auf zukunftsweisende Technologien und Branchen wie IT, Bioökonomie (Bioökonomie orientiert sich am Kreislaufprinzip der Natur und sieht den Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft als wesentliches Leitbild im Sinne von Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit. Sie zielt auf die stufenweise Verwertung und Mehrfachnutzung von Ressourcen ab.) und vor allem die Möglichkeiten der Energiewende sowie die Vernetzung mit anderen Zukunftsregionen können nachhaltige Impulse gesetzt werden.

Von dem „Wecken des Verantwortungsbewusstseins“ bis hin zur Entwicklung des Saarlandes zu einer „Modellregion für BNE“ haben die Bürgerinnen

und Bürger weitreichende Vorschläge im Bereich der nachhaltigen Bildung im Saarland eingebracht. Auch der stärkere Einbezug der Energiewende in die schulische und außerschulische BNE könne zu einem stärkeren Erfolg der energiepolitischen Ziele führen.

Weitere vorgebrachte Ideen sind:

Nachhaltigkeit als Querschnittsthema der Ausbildung von Erziehenden und Lehrpersonal

Angelehnt an die guten Erfahrungen des Zentrums BNE wird die Aus- und Fortbildung dieser Zielgruppe

durch vorhandene zivilgesellschaftliche Strukturen wie das BNE-Netzwerk ergänzt um zertifizierte Ausbildungsmodule. Im Mittelpunkt steht hierbei die Vermittlung partizipativer Kompetenzen und handlungsorientierter Methoden.

Geschlechtergleichstellung und Rollenmotive

Klassische Rollen und Rollenbilder müssen bereits im Bildungswesen aufgebrochen werden. Dabei soll ein gleichberechtigter Anteil von Erziehern und Erzieherinnen schon im Kindergarten verwirklicht werden. Die Gestaltung der Lehrmittel soll es ermöglichen, dass konventionelle Rollen durchbrochen werden können.

Handlungsfeld 2: Finanzielle Nachhaltigkeit

Im Rahmen des umfangreichen Beteiligungsprozesses bei der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie wurden u.a. folgende Ideen eingebracht:

- *Verpflichtung des Landes und der einzelnen Ministerien zur regelmäßigen Herausgabe von Nachhaltigkeitsberichten (wie z.B. in Baden Württemberg)*
- *Ein eigener Finanztopf, um innovative Modellprojekte ermöglichen zu können, sollte im Haushalt des Landes vorgesehen werden.*

Nachfolgend werden einige Vorschläge ausführlicher dargestellt:

Einführung einer Regionalwährung

Die Einführung von Regionalwährungen im Saarland – wissenschaftlich begleitet – könnte die lokale Kreislaufwirtschaft stärken. Mit der „Saarkohle“ kann mittelfristig ein umlaufgesichertes Zahlungsmittel geschaffen werden, welches zusätzlich zum gesetzlichen Zahlungsmittel (Euro) von Unternehmen, Angestellten und Institutionen benutzt werden kann und zugleich die regionale Identität steigert. Das Regionalgeld sollte zeitlich befristet gültig sein, um den flüssigen Umlauf des Geldes zu fördern. In verschiedenen wissenschaftlichen Arbeiten wurde bestätigt, dass über 90 Prozent der Verbraucher mit

Wissenstransfer zwischen den Hochschulen in der Region und der Wirtschaft

Die Vermittlung von anwendungsorientiertem Wissen, insbesondere in den Bereichen effiziente Ressourcennutzung und Stoffstrommanagement, zwischen der Universität des Saarlandes, der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes und dem Umwelt-Campus Birkenfeld der Hochschule Trier einerseits und der Wirtschaft andererseits soll mittels einer engeren Vernetzung über den Umweltpakt Saar erfolgen. So kann eine höhere Dynamik bei der Erreichung von Klimaschutzziele erreicht und die Innovationsfähigkeit in Zukunftsfeldern besser realisiert werden.

dem Umlauf-Impuls gut zurecht kommen und dass die komplementäre Währung durch seine erhöhte Umlaufgeschwindigkeit für zusätzliche Wertschöpfung vor Ort sorgt. Der Landesgesetzgeber soll über den Bundesrat auf eine Anerkennung von anteiligen Lokalwährungszahlungen beim Lohn als Sachbezug (nach § 8 II S. 9 EStG) hinwirken. Wie Tankgutscheine wäre dann ein monatlicher Betrag von bis zu 44 Euro in Regionalwährung sozialversicherungsfrei und würde Anreize schaffen, anteilig auf die Regionalwährung umzusteigen. Zusätzlich hat die Einführung einer solchen Währung pädagogische Aspekte, da die Beschäftigung des Verbrauchers mit dem Thema Geld und seinen vielfältigen Aspekten steigt.

Energiecontracting für öffentliche Liegenschaften systematisch einführen

Was ist Energiecontracting? Ein Energielieferant übernimmt die Versorgung einer Liegenschaft mit der benötigten Energie. Der Auftrag kann die Lieferung von Kälte, Wärme, Strom, Druckluft oder anderen Formen von Energie umfassen. Die Hinzunahme einer dritten Partei (Contractor, ein Unternehmen, das verschiedene Dienstleistungen der Versorgung von Immobilien für einen anderen übernimmt) kann für den Kunden (Contractingnehmer) verschiedene Vorteile haben: Zum Beispiel, dass keine Investitionen in die Energieanlage getätigt werden müssen und die freiwerdenden Investitionen an anderer

Stelle verwendet werden können. Außerdem können ökologische und ökonomische Potenziale freigesetzt werden, welche vom Immobilieneigentümer unter Umständen nicht genutzt werden. Die Potenziale des Contractings werden mittlerweile auf verschiedenen Ebenen seitens zahlreicher öffentlicher Institutionen genutzt.

Global verantwortliche Beschaffung aller Waren und Dienstleistungen in saarländischen Kommunen und der Landesverwaltung

Eine zentralisierte nachhaltige Beschaffung der öffentlichen Hand hätte zur Folge, dass das Saarländische Tariftreuegesetz (und evtl. weitere Richtlinien) dahingehend verstärkt werden könnte, dass Landes- wie Kommunalbehörden verpflichtet werden, bei ihrer/n Beschaffung/Vergaben sicherzustellen, dass Menschenrechte, internationale Arbeitsstandards sowie Umweltstandards in den Lieferketten beachtet werden. Falls erhältlich, könnten von öffentlichen Beschaffern sowie von Auftragnehmern Produkte aus der Region, aus Lieferketten, die den Bedingungen des ersten Spiegelstrichs genügen, aus dem Fairen Handel sowie aus biologischer Landwirtschaft bezogen werden. Folgende praktische Voraussetzungen müssten dafür geschaffen werden: Zentralisierung von Beschaffung oder Einrichtung

einer zentralen Institution, die öffentliche Beschaffer informieren, beraten und qualifizieren kann; die Anschaffung von haltbaren, recycle- oder upcycle-fähigen, ggf. bereits recycelten sowie von cradle-to-cradle-Produkten (die möglicherweise einen höheren Anschaffungswert, aber eine längere Lebensdauer haben und ökologische Nachhaltigkeit fördern).

Verstärkte Gründung von Bürgergenossenschaften

Diese, insbesondere in Verbindung mit der Entwicklung dezentraler Energiegewinnung über regenerative Energien verstärkte genutzte Form der Bürgerbeteiligung orientiert sich an erfolgreichen Modellen des Genossenschaftswesens. Besonderer Effekt ist hierbei, dass Aufgaben der öffentlichen Hand durch Bürgerinnen und Bürger vor Ort übernommen werden und die Wertschöpfung innerhalb lokaler und kommunaler Bezüge erfolgt. Dies bedeutet eine Stärkung von Wirtschaftskreisläufen in der Region und eine Verbreiterung der Gewerbesteuerbasis der Kommunen. Insbesondere in ländlichen Regionen gibt es zahlreiche Handlungsmöglichkeiten, angefangen vom Dorfladen bis hin zu Freibädern oder Kultureinrichtungen, die Partizipation erhöhen, Infrastruktur sichern und Wertschöpfung lokal erzeugen können.

Handlungsfeld 3: Demografie und nachhaltige Siedlungsentwicklung

Im Prozess der Bürgerbeteiligung werden als wesentliche Folgen der demografischen Entwicklung im Saarland der Bevölkerungsrückgang, die Überalterung der Bevölkerung und das Schrumpfen der ländlichen Regionen genannt. Damit wird die Notwendigkeit verbunden, eine Siedlungspolitik zu entwickeln, die die damit verbundenen Aspekte berücksichtigt. Saarbrücken sollte als Zentrum der Großregion Saar-LorLux gestärkt werden, die ÖPNV-Anbindungen sind zu verbessern und die ländlichen Regionen sollen attraktiv bleiben (Einkaufen, Bildung, Kultur, Pflege etc.). In diesem Zusammenhang werden auch eine Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit sowie echte Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger gefordert. Es wird vorgeschlagen, den ländlichen Raum durch die gezielte Verteilung von Migranten zu stärken und damit teilweise

leerstehende Ortskerne wieder zu beleben. Auch die gezielte Förderung von Mehrgenerationenhäusern wird vielfach als Chance begriffen, den Zusammenhalt und das Leben sowohl in ländlichen als auch in städtischen Quartieren zu verbessern.

Saarland als Modellregion für den nachhaltigen Umgang mit Altbauten

Das Saarland könnte als Modellregion zeigen, wie eine energetische Modernisierung des Altbaubestandes, gekoppelt mit neuen Wohnformen und moderner Infrastruktur, zum Erhalt dörflicher Strukturen in Zeiten des demografischen Wandels beitragen kann. Damit wäre eine Inwertsetzung des Standortes Saarland verbunden, der insbesondere die Attraktivität

für junge Familien erhöht und auch die Chancen für die ältere Generation verbessert, im gewohnten Umfeld eine gute Lebensqualität zu erhalten. In diesem Zusammenhang wurde auch die Adaption und Nutzung des Folgekostenrechners vorgeschlagen, der die fiskalischen Auswirkungen von Baulandneuausweisungen und alternativen Siedlungsstrategien für verschiedene Szenarien vergleichbar macht.

Handwerk stärken und fördern

Handwerk, Familienunternehmen und Klein-Unternehmen sind das Rückgrat der lokalen Wirtschaft. Sie schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort

Handlungsfeld 4: Klima- und Ressourcenschutz

Im Rahmen der Onlinebefragung hatten die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, ihre Ideen, Maßnahmen und Wünsche zu äußern; hier einige Beispiele:

- Steigerung der Energieeffizienz bei Privathaushalten
- Eine konsequente Dezentralisierung der Energieversorgung. Einbringen von entsprechenden Forschungseinrichtungen an Uni und HTW sowie Bürger-Energie-Genossenschaften.
- Umstellen der Kantinen vor allem im Landtag auf vegan, vegetarisch, um die Vorbildfunktion einzunehmen.
- Substitution nicht-regenerativer Ressourcen

Emissionsreduzierung durch Änderung der Ernährungsgewohnheiten

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich unser Fleischkonsum stark verändert, was einen Boom der Massentierhaltung zur Folge hat. Durch den Methan-Ausstoß der Tiere und die Abholzung der Regenwälder (zum Anbau des Hauptfuttermittels Soja) werden unser Klima und die Ressource Wald stark beeinträchtigt. Hier muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass die Massentierhaltung eine der größten Quellen von Treibhausgasen darstellt. So ist

und zahlen hier ihre Steuern. Sie gilt es noch stärker als bislang zu fördern. Das digitale Zeitalter stellt große Herausforderungen an diese Betriebe. Diese Transformation muss erleichtert werden, etwa durch zinsgünstige Kredite. Die Unternehmensnachfolge soll anhand von Nachfolge-Börsen und zinsgünstigen Gründungskrediten für Kleinunternehmen attraktiver gestaltet werden. Die Nachfrageprognose und die Zukunftschancen für handwerkliche Berufe sollen hervorgehoben werden. Durch die Stärkung des Handwerks werden Arbeitsplätze geschaffen, die einen Mehrwert für die Region darstellen.

eine bewusste Ernährung vor allem hinsichtlich des Fleischkonsums ein wichtiger Schritt für den Schutz unseres Klimas und der Ressource Wald.

Forcierung der Kreislaufwirtschaft

Der Weg des Abfalls endet im Bewusstsein vieler bei Verlassen des Herrschaftsbereiches. Jedoch beginnt ab diesem Punkt ein sehr aufwendiger und teilweise schädlicher Prozess der endgültigen Entsorgung. Die Natur kennt keine Abfälle und sollte somit als Vorbild für die Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft dienen. Kreislaufwirtschaft beginnt bereits bei der Entstehung von möglichen Abfällen, das heißt die Vermeidung von nicht wieder- verwendbaren bzw. verwertbaren Stoffen. Zum Beispiel ist die Abschaffung bzw. ausschließlich entgeltliche Verteilung von Plastiktüten ein wichtiger Schritt in eine abfallfreie Zukunft. Mit der Einführung eines regional angewandten Stoffstrommanagements könnten bestehende Potentiale der Region zielführend genutzt und neue Arbeitsplätze generiert werden. Das Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) definiert regionales Stoffstrommanagement als ganzheitliches, alle Potentiale einer Region optimierendes Konzept, dass die eigenen, in der Region vorkommenden Potentiale für die langfristige Entwicklung der Region aktiviert und eine optimale, nachhaltige Nutzung der endogenen Entwicklungspotentiale anstrebt.

Handlungsfeld 5: Erhalt und Stärkung des Wirtschafts- und Industriestandortes

Im Rahmen des umfangreichen Beteiligungsprozesses bei der Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie wurden u.a. folgende Ideen eingebracht: Da die Messung der Wohlstandsentwicklung weiterhin über das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erfolgt, welches aber auf den falschen ökologischen Preisen beruht (Umweltübernutzung und -verbrauch spiegeln sich darin nicht wieder), ist eine Orientierung an diesem Index nicht mehr sinnvoll. Daher sollten andere Indizes zumindest parallel zur Abbildung der ökologischen Entwicklung des Saarlandes herangezogen werden, wie z. B. der Ökologische Fußabdruck (ergänzend: Human Development Index, Glücksindex). Weiterhin wird mehrfach vorgeschlagen, sich intensiver mit den Grundsätzen einer Postwachstumsökonomie zu befassen, da wir schon längst Wachstum nur noch über den Naturverbrauch realisieren könnten und Wachstum im Sinne des BIP zwangsläufig durch die Begrenzung natürlicher Ressourcen nicht weiterhin als Entwicklungsziel verfolgt werden könne.

Schrittweise Einführung von Elementen der Gemeinwohlökonomie

Die wichtigsten Akteure in Wirtschaft und Industrie sind private Unternehmungen, deren primäres Ziel die Gewinnerwirtschaftung ist. Es gilt Gewinnerzielungsabsicht mit sozial-ökologischer Verantwortung zu verbinden. Gemeinwohlbilanzen sind von saarländischen Unternehmen oder Geschäftsstellen nicht saarländischer Unternehmen freiwillig einzuführen. Die Gemeinwohlökonomie überträgt die heute schon gültigen Beziehungs- und Verfassungswerte auf den Markt, indem sie Wirtschaftsakteure

in Form von steuerlichen Vorteilen belohnt, dass sie sich human, wertschätzend, kooperativ, solidarisch, ökologisch und demokratisch verhalten und organisieren. Sie macht die Werte der Gesellschaft zu den Werten der Wirtschaft. Zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie ist die Statusbestimmung unerlässlich. Die Überprüfung der Zielerreichung ist durch regelmäßige Wiederholungen zu gewährleisten. Die Gemeinwohlbilanz ist hierfür ein sehr gut geeignetes Instrument. Durch die klare Struktur und die Messbarkeit der Gemeinwohlleistung werden Verbesserungspotentiale zu den bewerteten Themenfeldern klar aufgezeigt und Verbesserungsziele können unmittelbar abgeleitet werden. Die 17 SDG sind im Indikatoren-System weitestgehend abgebildet. Die Erstellung der Gemeinwohlbilanzen soll in den Bereichen Bildung und Erziehung gemeinsam mit den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfolgen. So kann das zugrundeliegende Wertesystem unserer Gesellschaft vermittelt werden.

Stoffstrommanagement

Durch regionale Zusammenarbeit und die Anwendung von Stoffstrommanagement würden neue Arbeitsplätze in Industrie, Energiewirtschaft und im Dienstleistungssektor entstehen und die Arbeitslosenquote senken. Stoffstrommanagement zielt auf regionale Wertschöpfung, verbessert die Klimabilanz und optimiert den Ressourcenverbrauch von Unternehmen und Kommunen nachweislich. Beratend könnte hier das Saarbrücker Institut für Zukunftssysteme gGmbH (kurz IZES) tätig sein.

Handlungsfeld 6: Mobilität

Im Rahmen der Onlinebefragung und der ersten saarländischen Nachhaltigkeitskonferenz hatten die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit, ihre Ideen, Maßnahmen und Wünsche zu äußern, hier einige Beispiele:

- *Elektromobilität darf kein „Gamechanger“ sein (nicht genug Lithium für alle Menschen vorhanden, große Schäden durch Abbau)*

- *Anreize bzw. Subventionen für die Anschaffung von Elektrofahrzeugen/ E-Bikes*
- *Angebot an Alternativen ausweiten, Carsharing, vermehrt Ladestationen für E-Bikes, Sammel- und Ruftaxen etc.*
- *bessere Vernetzung von ÖPNV und Flughafen*

Plattformen für Fahrgemeinschaften

Täglich bewegt sich eine Vielzahl von Menschen im bzw. aus dem Saarland oder innerhalb des Saarlandes mit dem gleichen Ziel, sei es der gemeinsame Weg zu Arbeit, Schule, Universität/Hochschule, Freizeitveranstaltungen oder der Wocheneinkauf. Eine Bündelung dieses Individualverkehrs durch Fahrgemeinschaften könnte ein wichtiger Schritt sein, Ressourcen zu sparen und das Klima zu schützen.

Taktung und Lage ÖPNV

Lange Wartezeiten und Gehwege schrecken von der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs ab. Auch die Notwendigkeit, morgens früher aufstehen zu müssen, um pünktlich den Bus oder die Bahn zu erreichen, ist ein Grund, welcher die Menschen dazu bewegt, die zunächst stressfreier erscheinende Variante „Auto“ zu wählen. Diese stellt jedoch bei genauerer Betrachtung des hohen Verkehrsaufkommens und der oftmals damit verbundenen Parkplatzsuche am Ende einen größeren Stressfaktor als ursprünglich angenommen dar. Somit ist eine stressfreie

Beförderung von A nach B ein wichtiger Aspekt, welcher durch öffentliche Verkehrsmittel kompensiert werden könnte.

Die Fahrzeiten gerade am Wochenende und gegen Abend bzw. Nacht sind nicht optimal auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger abgestimmt. So sind oft die jüngeren Generationen in ländlichen Räumen ohne PKW von Städten abgeschnitten und der Wunsch nach einem eigenen Auto wächst zunehmend.

Haltestellen

Haltestellen sollen freundlich, sicher und informativ eingerichtet sein. So ist es gerade für Eltern wichtig, dass Haltestellen eine nahe und sichere Lage haben sowie überdacht und ausreichend beleuchtet sind. Außerdem sind Möglichkeiten wie das sichere Abstellen oder Mieten von Fahrrädern sowie kostenlose Park and Ride-Parkplätze weitere Anreize für die Nutzung des ÖPNV.

Impressum

Herausgeber

Die Landesregierung des Saarlandes

Kontakt

nachhaltigkeitsstrategie@umwelt.saarland.de

Redaktion

Stabsstelle Nachhaltiges Ressourcenmanagement,
Betreuung Kleinprivatwald
c/o Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
des Saarlandes

Layout

Hilt Design & Kommunikation
www.hilt-design.de

Saarbrücken, im Januar 2017

**Ministerium für Umwelt
und Verbraucherschutz**

Keplerstraße 18
66117 Saarbrücken

www.umwelt.saarland.de

www.saarland.de

 /saarland.de

„Diese Information wird von der Landesregierung des Saarlandes im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien, noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Wahlkampfständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. In einem Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl ist Parteien die Nutzung dieser Schrift vollständig, d.h. auch zu anderen Zwecken als zur Wahlwerbung, untersagt. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.“

